

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40 Mark. Einzelhefte 1.00 Mark. In die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Baustellen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonnen-Zeile 50 Mark. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Rillalaistraße 7, 2. St. — Fernspr. -Anschluss 3002.

Nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten!

II.

Offenbar genügt es nicht, daß ein Mensch oder eine Menschengruppe ihr Recht fordert, es muß vielmehr noch die Macht hinzukommen, diesen Rechtsanspruch auch durchsetzen zu können. Ohne die entsprechenden Machtmittel kann niemand sein Recht erkämpfen oder festhalten. Das Recht ist nämlich nichts Selbständiges, von den realen Verhältnissen unabhängiges, es schwebt nicht in der Luft, sondern es wurzelt in dem festen Untergrunde unserer wirtschaftlichen und sozialen Zustände. Das Recht klebt an der Macht, es ist mit der Macht untrennbar verbunden, es ist der sichtbare Ausdruck der Macht. Eine Klasse, die sich die Macht erobert, schafft sich das entsprechende Recht und wirft das frühere Recht in die Kumpelkammer. Darum hat das Junkertum und Bürgertum heute noch das Recht, weil es noch über die Macht verfügt; wird das Proletariat zu einer Macht, so wird das junkerlich-kapitalistische Recht durch ein proletarisches, sozialistisches Recht ersetzt werden. Der Kampf ums Recht ist also in Wirklichkeit ein Kampf um die Macht.

Wie mit einer Gruppe, so ist es auch mit einem Einzelmenschen. Auch hier können wir sagen, daß nur der Mensch wirklich ein Recht hat, der die Macht besitzt, von diesem Rechte Gebrauch zu machen; wer ohnmächtig ist, das Recht auszuüben, für den ist es nur ein Scheinrecht. Dies zeigt sich deutlich an den zahlreichen Rechten, die uns der vielgerühmte moderne Rechtsstaat bietet. Wir haben bekanntlich in Deutschland das freie Wahlrecht und deshalb hat ein ostelbischer Gutstagelöhner dasselbe Recht, den Mann seines Vertrauens in den Reichstag zu wählen, wie der Gutsherr. Aber auf diesem Rechte keinen oder höchstens einen ganz heimlichen Gebrauch machen, denn wenn sein Herr erfährt, daß er einem „unliebamen“ Kandidaten seine Stimme gegeben hat, so ist seine wirtschaftliche Existenz gefährdet, er verliert seine Stellung und wird mit Weib und Kind auf die Straße geworfen. Durch seine wirtschaftliche Ohnmacht wird sein staatsbürgerliches Recht zunichte gemacht. Ein deutscher Arbeiter hat das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht, das ihm die Befugnis gibt, sich mit seinen Klassen- und Berufsgenossen zusammenzuschließen, um sich mit Hilfe der Organisation ein besseres Dasein zu erringen, aber noch heute müssen Hunderttausende von Arbeitern zehnerweise auf dieses Grundrecht verzichten, weil der Arbeitgeber mit der Hungerpeitsche drohend hinter ihm steht. Wir haben alle das Recht der freien Meinungsäußerung, aber wie viele von uns können dies Recht ausüben? Mancher Arbeiter oder Kleinhandwerker, mancher kleine Geschäftsmann oder Beamte möchte wohl mal gern in einer Versammlung seinem Herzen Luft machen und seine Klagen und Beschwerden vorbringen, aber er muß den Mund halten und schweigen, denn „der Knüttel liegt beim Hunde“, wie man sagt, und der wirtschaftliche Ruin schwebt wie ein dräuendes Schwert über seinem Haupte. Ein unabhängiger Mensch kann reden, was er will und soviel er will, aber der wirtschaftlich Schwache muß aus seinem Herzen eine Würdegrube machen. Gerade so liegt es mit den Rechten der freien Religionsausübung: kein Mensch hat mehr nötig, einer Religionsgemeinschaft anzugehören, seine Ehe kirchlich einsegnen und seine Kinder taufen zu lassen. Aber wie viele freidenkende Menschen müssen es doch tun, weil sie sich in einer abhängigen Stellung befinden oder weil ihnen sonst wirtschaftliche und andre Nachteile drohen.

So sehen wir deutlich, daß die Macht die Grundlage des Rechts ist. Das war ja gerade der verhängnisvolle Irrtum des Liberalismus, daß er meinte, es genüge, einem Menschen alle möglichen Rechte zu geben, ohne ihm zugleich die Macht zu verleihen, dieses Recht auch auszuüben. Rechtliche Freiheit ohne eine genügende wirtschaftliche Grundlage ist nämlich ein leerer Wahn und eine traurige Wohltat, wenn nicht gar ein blutiger Vohn, und es hat Jahrzehnte gedauert, ehe man erkannte, daß alle staatsbürgerlichen Rechte Luftgebilde sind und so lange Luftgebilde bleiben, bis die Befreiung vom wirtschaftlichen Joch durchgeführt sein wird. Darum feht der Sozialismus durchaus folgerichtig dort ein, wo der Liberalismus versagt. Der moderne Sozialist begnügt sich nicht damit, die rechtliche und soziale Freiheit zu erstreben, sondern er legt vor allen Dingen Wert auf die wirtschaftliche Unabhängigkeit, weil dies die Grundlage jeder Freiheit ist. Aus diesem Grunde spielen die wirtschaftlichen Fragen in der Arbeiterbewegung eine solch wichtige Rolle.

Unsre Ausführungen würden unvollständig sein, wenn wir nicht noch darauf hinwiesen, daß ein Recht von selbst verschwindet, wenn die Macht verloren gegangen ist. Der russische Kaiser hat heute noch das Recht, in seinem Lande zu schalten und zu walten, weil er die Macht hat, die in den Kosaken, Polizisten, Richtern, Staatsanwälten und Henkerknechten steckt; würden ihm die Russen diese Macht nehmen, so wäre auch sein Recht damit vorbei. Ein Grundbesitzer hat das Recht, seinen Tagelöhnern und Diensthöfen Befehle zu erteilen, weil er die wirtschaftliche Macht hat; wenn er seinen Grundbesitz verliert, so hat er seinen Leuten nichts mehr zu sagen. Auch ein moderner Unternehmer verliert sein Ausbeutungsrecht, wenn er sein Vermögen verliert und vielleicht selbst als Arbeiter gehen muß. Diesen Zusammenhang zwischen Macht und Recht erkennt die herrschende Klasse auch selbst an, indem sie verschiedene Rechte, z. B. das Wahlrecht, an ein bestimmtes Vermögen

oder an einen bestimmten Besitz knüpft. Interessant ist ja die Geschichte, die von einem Dorfbewohner erzählt, der wählen durfte, weil er sich Vieh hielt, nämlich einen Esel, der aber nicht mehr wählen durfte, als der Esel gestorben war. Und mit Recht fragte der Mann: Wer hat eigentlich das Wahlrecht gehabt, ich oder der Esel? Natürlich der Esel. Und so hat heutzutage der Geldsack oder der Bauernhof das Wahlrecht.

Allerdings suchen die Herren diese Tatsache zu verdecken, indem sie von einem Recht sprechen, das göttlichen Ursprungs sei oder das ihnen Kraft ihrer höheren Abstammung oder besseren Leistungen zukomme. So erzählen sie dem Volke von einem göttlichen Rechte, einem geschichtlichen Rechte, einem erworbenen Rechte usw. und darum hüllen sie die Entstehung des Rechts in einen Mythos. Die Bibel sucht uns das Recht des Mannes über die Frau glaubhaft zu machen durch die Legende von der Erschaffung des ersten Menschenpaares, die das Weib als ein Anhängsel des Mannes hinstellt, und die Herrschaft der Weißen über die Schwarzen wird auf die biblische Erzählung von dem betrunkenen Noah gegründet. Die Juden stützten ihr Recht, über andre Völker zu herrschen, auf die Fabel von dem auserwählten Volke, und die Eroberung von Palästina entschuldigten sie mit der Behauptung, daß es ihr gelobtes Land sei. So stützt der Adel sein Vorrecht auf die höhere Geburt und auf die Taten der Vorfahren, die Monarchen nennen sich von Gottes Gnaden und das Papsttum führt seine Gründung auf die Erzählung von Petrus zurück. Schule und Kirche wetteifern noch heute, die Mythen in den Gemütern des Volkes aufrecht zu erhalten, aber die zunehmende Reife des Menschen wird auch mit diesem Plunder aufräumen. Und hier ergibt sich die Aufgabe der Arbeiterbewegung, den Massen immer wieder klarzumachen, daß das Recht weiter nichts ist, als der Ausdruck der Macht.

Diese wichtige Erkenntnis führt die Proletarier dazu, sich die Frage vorzulegen, wie denn eigentlich die Macht zu erkämpfen ist. Und da zeigt es sich ganz deutlich, daß nur durch den festen Zusammenschluß aller Proletarier die Arbeiterklasse zu einer Macht werden kann. Woraus sich dann die Pflicht der Organisation ganz von selbst ergibt. Das Koalitionsrecht muß zu einer Koalitions-pflicht erweitert werden.

In dem menschlichen Zusammenleben ist die Pflicht die Rehrseite des Rechts, weil jedem Rechte eine Pflicht entspricht. Jeder Mensch, der Anspruch erhebt auf irgendein Recht, übernimmt damit zugleich die entsprechende Pflicht. Ein Kind, das von seinen Eltern ernährt oder erzogen wird, hat die Pflicht der Dankbarkeit, und umgekehrt haben Eltern, die ihre Pflicht gegen ihre Kinder tun, das Recht, von ihren Kindern Liebe, Achtung und Dankbarkeit zu fordern. Eheleute haben gegenseitig Rechte und Pflichten, die sich wechselseitig ergänzen. Der Arbeiter hat einen Rechtsanspruch auf gute Lohn- und Arbeitsbedingungen, dafür ist er aber auch verpflichtet, eine gute Arbeit zu liefern. Der Unternehmer hat das Recht auf ein gutes Stück Arbeit, aber er hat auch die Pflicht, den Arbeiter anständig zu entschädigen. Ein anständiger Lohn für ein anständiges Stück Arbeit, das ist der richtige Grundsatz. So ist es auf allen Gebieten und die Gesellschaft müßte auseinanderfallen, wenn jeder Mensch nur Rechte fordern, aber keine Pflichten übernehmen wollte.

In der Praxis des Lebens wirt sich hier die schwierige Aufgabe auf, Rechte und Pflichten in ein richtiges Verhältnis zu bringen. Diese Aufgabe ist deshalb so schwierig, weil sich die Auffassungen der Beteiligten vielfach scharf gegenüberstellen. Jeder Mensch will seine Rechte erweitern, anstatt sie beschränken zu lassen, und seine Pflichten will er vermeiden, anstatt sie zu vermehren. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die meisten Menschen ihr Recht durch eine Verkleinerungsglas und ihre Pflicht durch eine Vergrößerungsglas betrachten. Dadurch kommt es zu immer neuen Reibungen und Kämpfen zwischen den einzelnen Menschen und den Menschengruppen. Eine Lösung dieses Zwiespalls läßt sich nur dadurch herbeiführen, daß sich in uns allen neben einem stark ausgeprägten Rechtsbewußtsein ein ebenso starkes Pflichtbewußtsein entwickelt.

Besonders gilt dies auch für die Arbeiter. Die Einheit zwischen Recht und Pflicht wird hier noch vielfach übersehen, denn es gibt noch zu viel Arbeiter, die lediglich auf das Recht pochen, aber keine Lust haben, die dazu gehörenden Pflichten zu erfüllen. So mancher Proletarier steht mit verhärteten Armen taubseitig und sieht zu, wie seine Kollegen um eine höhere Lebenshaltung, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen, wie sie Opfer bringen und ihre ganze Kraft einsetzen. Und wenn der Sieg errungen ist, wenn Erfolge erzielt worden sind, dann drängt sich dieser Schmecker heran und macht sich die Vorteile zunutze. Das ist natürlich eines Menschen unwürdig und darum genießen die Unorganisierten bei ihren organisierten Kollegen auch keine Achtung, sondern sie werden als minderwertige Menschen betrachtet. Die Klassenbewußten Proletarier haben erkannt, daß Organisation, Disziplin und Opferfreudigkeit unerläßliche Vorbedingungen des Sieges sind. Darum sind sie gewillt, ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun. Ob der einzelne als einfacher Soldat unter dem Banner der Freiheit einherzwehet oder ob ihm seine Geistesgaben zu einer führenden Stellung befähigen, das ist nebensächlich, die Hauptsache ist, daß jeder seine Pflicht tut. Und so gilt denn der Satz: „Recht nur Rechte fordern, sondern auch Pflichten erfüllen!“ Brutus.

Die Arbeiterssekretariate im Deutschen Reich im Jahre 1911.

Gleichen Schritt mit der Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen und ihrem wachsenden Einflusse auf die sozialen Verhältnisse halten die Arbeiterssekretariate der verschiedenen Arbeitervereine. Auch die vorliegende Statistik für 1911 kann von abermaliger Fortentwicklung berichten. Wohl stieg die Zahl aller Arbeiterssekretariate im Jahre 1911 nur gering, erheblich ist aber die abermalige Steigerung der Personen, welche sich an die Arbeiterssekretariate der organisierten Arbeiterklasse wandten und die Zahl der von den Sekretariaten geleisteten Auskünfte und Rechtshilfen. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß ein Teil der Sekretariate mit Rücksicht auf eine geordnete Erledigung der übernommenen Rechtshilfeangelegenheiten, nicht allen Personen, ohne Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer Organisation, Auskunft erteilen oder Rechtshilfe gewähren kann, zum Teil auch aus organisatorischen Gründen nicht gewähren will; unter fernerer Berücksichtigung der erwähnten Tatsache, daß von seiten unserer Gegner das Möglichste getan wird, um die Bevölkerung von der Benutzung unserer Arbeiterssekretariate abzuhalten, ist die weitere Zunahme dieser Zahlen eine Ermutigung, die uns befriedigen kann und die alle Anstrengungen, welche unsere Einrichtungen im Laufe des Jahres erfordern, ausgleicht.

Im Vorjahre berichteten 112 Sekretariate; dieselben bestanden alle auch durch das Jahr 1911, es ist keines hiervon im Berichtsjahre eingegangen. Eine Tatsache, die sonst nicht zu konstatieren war und welche darauf schließen läßt, daß mit den Organisationen der Arbeiterklasse auch diese Einrichtungen eine stärkere Stabilität erlangt haben. Neu errichtet wurden 1911 6 Sekretariate; ein solches, bisher unter Ausnahmestellen gezählt, berichtete in diesem Jahre gleichfalls unter Sekretariate, so daß die Statistik mit 119 Sekretariaten abschließt. Zu konstatieren ist, daß mit der Errichtung eines Sekretariats in Danzig nunmehr in allen Provinzen und Landesanteilen Deutschlands Sekretariate der organisierten Arbeiterklasse bestehen. Von den bestehenden 119 Sekretariaten sind 13 Einrichtungen des Bergarbeiterverbandes, wovon 11 auch andere Personen, nicht nur Bergarbeitern, Auskunft erteilen.

Die Auskunftserteilung oder Rechtshilfeleistung geschieht in der größeren Anzahl aller Sekretariate an alle Nachsuchende, welche sich an das Sekretariat wenden. Der andre Teil der Sekretariate beschränkt den Kreis der Personen, welchen Auskunft erteilt oder welchen neben der Auskunft weitere Rechtshilfe gewährt wird.

Persönliche Vertretungen haben im Berichtsjahre 99 Sekretariate übernommen. 13 weitere Sekretariate übernahmen persönliche Vertretungen, diese mit einem außerordentlichen Zeitaufwand verbundene Tätigkeit nur in besonderen Ausnahmefällen, meist nur vor den Gewerkschaften.

Die Übermittlung von Beschwerden an die Gewerbeaufsicht übernahmen im erforderlichen Falle 113 Sekretariate. Statistik bezogenen 75 Sekretariate, in weiteren drei wurden staatliche Arbeiter nur in Ausnahmefällen angeführt. Neben der Funktion als Rechtskonsultant und Rechtshilfestelle betreiben 87 Sekretariate gewerkschaftliche Anwaltschaft und verwalten andre gewerkschaftliche Arbeiten. An mehreren Orten, wo letztere Tätigkeit nicht zu den Obliegenheiten des Sekretariats gehört, besteht neben dem Arbeiterssekretariat ein besonderes Gewerkschaftssekretariat.

627 028 Auskunft- und Rechtshilfesuchende wandten sich im Berichtsjahre an die Sekretariate; diese Zahl stieg gegen das Vorjahr um 47 944, das sind 8,27 Prozent. Von den Auskunftsuchenden waren 590 758 Arbeitnehmer oder Angehörige von solchen, also 94,22 Prozent der Gesamtansuchenden. Von Angehörigen anderer sozialer Stände, wie selbständige Handwerker, selbständige Gewerbetreibende, Arbeitgeber oder sonst Personen anderer Stände wandten sich 30 850 an die Sekretariate, um Auskunft oder Rechtshilfe zu erlangen.

Die Unterhaltung der Sekretariate wird von Jahr zu Jahr in stärkerem Maße eine Angelegenheit der beteiligten Organisationen. Nur noch an 20 Orten werden von den Mitgliedern der beteiligten Organisationen besondere Beiträge erhoben, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß an 7 von diesen Orten nicht die Mitglieder aller beteiligten Organisationen zu besonderen Beiträgen herangezogen werden, sondern daß hier von einem Teil der beteiligten Organisationen die Beiträge direkt aufgebracht werden.

Die für 107 Sekretariate vorliegenden Angaben über die Einnahmen und Ausgaben ergeben, daß Kartelle und beteiligte Organisationen den größeren Teil der Einnahmen der Sekretariate aufbringen. Vor der Gesamtsumme, welche 556 373 Mk. betrug, entfielen von diesen Körperschaften 416 426 Mk. Das sind 74,85 Prozent der Gesamteinnahmen. Durch besondere laufende Beiträge der Mitglieder der beteiligten Organisationen wurden 85 795 Mk. für die Sekretariate aufgebracht, 21 291 Mk. weniger als im Vorjahre. Zuwendungen erhielten die Sekretariate 36 291 Mk., und zwar zahlte die Generalkommission an einmaligen und laufenden Summen an die Sekretariate 17 927 Mk. Die Parteiorganisationen zahlten 11 754 Mk. an die Sekretariate, von sonstigen Arbeiterunternehmungen wurden den Sekretariaten 3080 Mk. zugeführt. Aus Staats- und Gemeindemitteln erhielten: das Sekretariat Koburg, welches vollständig aus Staats- und Gemeindemitteln unterhalten wird, 2400 Mk., das Sekretariat Pant einen Zuschuß von 1100 Mk. Die Gesamtansgabe betrug 512 918 Mk.

Die Auskunftsstellen der Gewerkschaftskartelle gingen im Berichtsjahre von 203 auf 198 zurück, trotzdem haben auch die von diesen Einrichtungen erteilten Auskünfte und angefertigten Schriftstücke abermalig zugenommen. Von beiden Einrichtungen zusammen wurden im letzten Jahre 706 325 Auskünfte erteilt, gegen das Vorjahr eine Steigerung von 49 082. In welchem Umfange die gemeinnützige Tätigkeit der Sekretariate und Auskunftsstellen sich entwickelt hat, wird ersichtlich, wenn man der Zahl von 1911 die Zahl des Jahres 1905 gegenüberstellt, aus welchem das erstmalig für beide Einrichtungen zusammen Zahlen vorliegen. Die im Jahre 1905 von beiden Einrichtungen erteilten Auskünfte betragen 315 946.

Ueber den Stand der gegnerischen Einrichtungen unterrichtet seit 1909 eine Zusammenstellung des Reichs-Statistischen Amtes. Bei Gelegenheit dieser diesjährigen Veröffentlichung sagt das Statistische Amt über den Grundsat, nach welchem es bei seiner Zusammenstellung verfährt: In die Erhebung sind im Allgemeinen nur die Rechtsauskunftsstellen einbezogen, die an alle Beschwerder oder an Minderbemittelte unentgeltlich oder nur gegen eine geringe Gebühr Rechtsauskünfte erteilen. Beseitigt sind alle Bureau gewerkschaftlicher Rechtskonsultanten. Aufgenommen sind aber alle Rechtsberatungsstellen von Arbeitervereinigungen, obgleich sie vielfach nur an ihre Mitglieder Auskunft erteilen sowie die der Arbeitgeber, bei denen sich die Auskunftserteilung auf die Arbeiter der betreffenden Betriebe erstreckt. Es haben an das Statistische Amt berichtet 114 gemeinnützige und staatliche Rechtsauskunftsstellen oder 309 997 erteilte Auskünfte und 51 967 angefertigte Schriftstücke. Unter dieser Zahl gruppiert das Statistische Amt wie in den Vorjahren das Sekretariat Koburg. Ferner 29 Rechtsauskunftsstellen gewerkschaftlicher Vereinigungen über 188 099 Auskünfte und 27 856 Schriftstücke.

Die unter Auskunftsstellen sonstiger Arbeitervereinigungen aufgeführten Einrichtungen sind folgende gelber Verbände oder Vereine; sie berichten über die riefste Zahl von 4566 erteilten Auskünften und 2019 angefertigten Schriftsätze. Diesen Zahlen darf man getrost noch die ungeheuren Frequenzangaben einiger unter Rechtsauskunftsstellen politischer Vereinigungen gezählter Auskunftsstellen mit zweifellos gelber Tendenz hinzufügen, um so einen ungefähren Überblick über die Reichweite in Zahlen zu bekommen, welchen diese zur Veranschaulichung der Arbeiterklasse mit Unternehmerwilligen geschaffenen Einrichtungen im letzten Jahre geleistet haben. In der Beurteilung dieser Zahlen wird man natürlich mit derselben Vorsicht zu verfahren haben, als dies den Mitgliederzahlen dieser Vereine gegenüber zu geschehen hat.

Die Kirch-Dundersche Verbände gruppieren ihre Einrichtungen in Arbeiterzeitung (9), Rechtsauskunftsstellen (30) und Auskunftsstellen (11). Hier berichten 50 Rechtsauskunftsstellen über 52 280 Auskünfte und 11 115 Schriftsätze. Das im Gewerbeverein veröffentlichte Adressenverzeichnis führt 60 Einrichtungen auf, von welchen 32 nur den Mitgliedern der Verbände zur Benutzung offen stehen, welche die Auskunftsstellen errichtet haben. Von Einrichtungen christlicher Gewerkschaften berichten 54 über 40 778 erteilte Auskünfte und 23 814 angefertigte Schriftsätze. Auch bei diesen kann angenommen werden, daß der größere Teil dieser Einrichtungen nur den Mitgliedern der Verbände zur Verfügung stehen, welche dieselben geschaffen haben, denn es werden 50 von diesen 54 Einrichtungen als Einrichtungen bestimmter Verbände bezeichnet. Das gleiche mag für die Auskunftsstellen der polnischen Gewerkschaften zutreffen, von welchen 7 über 10 662 Auskünfte und 6983 Schriftsätze berichten.

Gegnerische Gewerkschaften.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911.

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ vom 8. Juli enthält einen längeren Bericht über die Entwicklung und den Stand der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911. Wie jedes Jahr, wird die christliche Gewerkschaftsbewegung auch diesmal vom Reichertstatter — Thom Stegerwald — einer Besprechung und Würdigung unterzogen. Nach ihm sind die christlichen Gewerkschaften noch immer der einzige Faktor, der es vermag, der sozialdemokratischen Bewegung die Grenzen zu ziehen. Das hören wir ja nun schon lange mit dem Erfolg, daß z. B. die freien Gewerkschaften allein in den letzten zwei Jahren zehnmal soviel Mitglieder aufgenommen als die christlichen Verbände. Und die Zahl der Neueinsteiger in den freien Gewerkschaften ist in diesem Zeitraum weit, weit größer gewesen, als die christlichen Gewerkschaften überhaupt Mitglieder zählen. So da die christlichen Gewerkschaften die Kraft herholen wollen, die Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften zu überwinden, können wir nicht eraten.

Stegerwald stellt zunächst fest, daß die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1911 ein wichtiges Stück vorwärts gekommen sind. Die später beigefügten Zahlentabellen sollen das beweisen. Es ist richtig, die christlichen Gewerkschaften haben im Berichtsjahr an Mitgliedern zugenommen. Vom 1. Januar bis 31. Dezember 1911 beträgt der Zuwachs 34 459, im Jahresdurchschnitt gegen den Jahresdurchschnitt im Jahre 1910 sogar 15 829 Mitglieder. Über diesen Zuwachs ist wenig, wenn wir den Zuwachs der freien Gewerkschaften, der sich auf einige Hunderttausende bezieht, damit vergleichen.

Dabei hat es ganz gewiß nicht an Agitation gemangelt. Der christliche Bergarbeiterverband gab 126 395 RM. für Agitation aus, der christliche Textilarbeiterverband 124 932 RM., der christliche Bauarbeiterverband 122 528 RM. Die letztere Organisation zahlte an Unterhaltungen an die Mitglieder 94 925 RM., also weit weniger, als dem Verband die Agitation allein kostete! Wenn solche gewaltige Summen für Agitation ausgeben wurden, und wenn man hauptsächlich „eine Welt von Gegnern gegen sich hat“, im Gegenteil, wenn man von allen Seiten gehäffelt und angepöbelt wird, dann mußte es jähneler vorwärts gehen. Fürwahr, der Reichertstatter im christlichen „Zentralblatt“ hätte alleinstückig, sich bescheiden in den Wind zu brühen.

Die Einnahmen aller christlichen Gewerkschaften betragen 6 243 642 Mark gegen 5 490 934 RM. im Jahre 1910. Die Ausgaben betragen 1910 insgesamt 4 916 270 RM., im Jahre 1911 aber 5 299 781 RM. Das Vermögen lag von 6 113 710 auf 7 082 942 RM. Diese verhältnismäßig günstige Finanzlage wird aber nur erreicht durch eine im Verhältnis zur Unternehmung an Mitglieder. Für Streiks und Unterhaltungen bezuschulungen nämlich 1911 sämtliche christlichen Gewerkschaften insgesamt 2 449 945 RM., das ist nur wenig mehr als die Ausgabe unseres Verbands für die gleichen Zwecke. Wo werden da die christlichen Gewerkschaften helfen, wenn die Zusammenstellung der sämtlichen freien Gewerkschaften veröffentlicht und in Vergleich zu den Zusammenstellungen der christlichen Verbände gebracht werden? In den nächsten Wochen wird das ja geschehen können. Dann wird einmal wieder die ganze „Arbeiterfreundlichkeit der Zentrumspresse“ zahlenmäßig offenkundig werden.

Am an den Streiks. Insgesamt sind in den christlichen Gewerkschaften 18 490 Arbeiter in Streiks und Ausperrungen verwickelt worden, davon 8100 allein in Ausperrungen. Stegerwald selbst stellt fest, daß im Jahre 1911 eine größere Anzahl Verbände in die Streikbewegungen hineingezogen wurden, wie je vorher. Eine ganze Anzahl Verbände haben den Streiks verweigert, bürgen überhaupt nicht. Aber wer die christlichen Gewerkschaftsorgane liest, die christlichen Agitatoren hört, der sollte meinen, demüßiglands Arbeiterkampf wäre schlimm daran ohne

die christlichen Gewerkschaften. Soviel Erfolge weisen sie auf — auf dem Papier! In Wirklichkeit ergeben sich — wo von Erfolgen überhaupt die Rede sein kann — diese zunächst aus den Kämpfen der freigewerkschaftlichen Arbeiter. Es sind diese Erfolge Gewerkschaften der freien Organisationsformen, der freien Verbände, an denen die christlichen Verbände dann mit teilnehmen. Daß der Reichertstatter diese Wahrheit nicht zugeben will, kann man ihm nachsehen. Er verschwendet Zeit und Mühe lieber für die Herabsetzung der freien und zur Unerkennung der Verhinderung der christlichen Gewerkschaften. Daß dabei die Phrase nicht zu kurz kommt, ist selbstverständlich. Ist es nicht erbaulich, wenn die stärkste christliche Organisation, der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter, — dem man mehr als 80 000 Mitglieder zuschreibt — an ganzen sechs Wochen und Streikbewegungen mit ganzen 800 Mitgliedern beteiligt war? Und dabei waren zwei Bewegungen, die nicht einmal zu einem Kampfe führten. Um so stärker war dieser Verband, wenn es sich darum handelte, Lohn- und Streikbewegungen laputa zu machen.

Im übrigen quält sich der Reichertstatter lebhaft ab, um des langen und breiten die Unternehmer auf die erfolgten „Umschreibungen der christlichen Programmsätze“ hinzuweisen. Bedauernd weist er darauf hin, daß die christlichen Gewerkschaften früher in der „Sturm- und Drangperiode“ ihre Aufgabe, der sozialistischen Arbeiterbewegung die größten Schwierigkeiten zu bereiten, vernachlässigt hätten. Bezüglich der Streiks wird ausgeführt:

„In dem Programm der christlichen Gewerkschaften, wie es durch die Mainzer Leitlinie formuliert wurde, wird gesagt, daß die ganze Wirksamkeit der Gewerkschaften von verhältnismäßigem Geiste durchweht und getragen sein“ soll. Insbesondere aber heißt es: „Der Ausnahmefall darf nur als letztes Mittel und wenn Erfolg verheißend angewandt werden.“ Es kann ausgegeben werden, daß auf diese Programmsätze in den letzten Jahren mehr Nachdruck gelegt worden ist, wie in der „Sturm- und Drangperiode“ der Bewegung.“

Wenn das die Kirchenoberen, die Behörden, die Unternehmer nicht rührt, an der Kölner christlichen Zentrale liegt es nicht.

Wie sich die Gesamtausgabe auf einzelne Posten verteilt und wie sie sich gegen das Jahr 1910 verhalten hat, ist aus folgender Zusammenstellung ersichtlich:

	1910	1911
	RM.	RM.
Verbandsorgan	420 039	496 752
Agitation	588 596	652 554
Streik- und Gewerkschaftenunterstützung	1 239 500	1 199 598
Reise- und Arbeitslosenunterstützung	168 461	185 371
Krankengeld	634 469	704 319
Sterbegeld	205 013	211 439
Rechtschutz	114 756	104 633
Sonstige Unterhaltungen	31 576	37 685
Gehälter	137 006	155 119
Verwaltungsausgaben	204 145	287 785
Bibliothek und sonstige Bildungszwecke	140 908	62 589
Beitrag an den Gesamtverband	48 593	78 379
Anteil der Lokallassen	818 075	971 248
Sonstige Ausgaben	159 193	202 480

Ein Vergleich dieser Zahlen mit den Abrechnungen der freien Gewerkschaften zeigt, daß bei den Christen nur ein verhältnismäßig geringer Teil der Einnahmen den Mitgliedern in Form von Unterhaltungen wieder zufließt; der weitaus größte Teil wird für Agitation, Verwaltung usw. verbraucht.

Auf die Entwicklung unseres christlichen „Bruder“verbandes kommen wir in einer der nächsten Nummern noch eingehend zurück.

Arbeiterfreundlichkeit der Zentrumspresse.

Wie die christlichen Gewerkschaften unter der Fuchel des Zentrums und deren Presse die Interessen der Arbeiter vertreten, dafür liefert uns der Abwehrkampf bei der Firma Dillen u. Co., Sägewerk in Köln-Forst, vorzügliches Material. Der Kampf wurde am 28. Juni beendet. Die Arbeiter waren mit ihren gerechten Forderungen unterlegen. Der Firma war es mit Hilfe der Polizei gelungen, eine Anzahl Arbeitswillige in den Betrieb hineinzubringen. Aus diesem Grunde mußten die Arbeiter den Kampf abbrechen. Die Mehrzahl der Arbeiter war christlich organisiert. (Vor 25 von 150 Beschäftigten gehörten unserer Organisation an.) Ihre Gewerkschaft, als führende Organisation, verdrängte in dem „Kölnischer Lokalanzeiger“ (Nr. 176), einem Zentrumsblatt, diese warnende Annonce:

Kräfte Arbeiter werden darauf aufmerksam gemacht, daß bei

A. S. Dillen u. Co.

Forst a. Rhein, Sägewerk

die Schiff- und Wagenausläder sich im Streik befinden. Zutritt ist fernzuhalten. Verband christl. Hilfs- und Transportarbeiter, Ortsgruppe Forst.

In derselben Nummer des „Lokal-Anzeigers“, des Sprachorgans der Kölner christlichen Gewerkschaften, prangte die Aufforderung zum Streikbruch:

Kräfte Arbeiter
für Lohnende und gesunde Arbeit gesucht.
A. S. Dillen u. Co.
—Forst a. Rhein, Sägewerk.
Haltestelle Steinstraße der elektrischen Bahn
Köln-Forst.

Das ist eine prächtige Illustration zu dem alten Sage „Geld riecht nicht“. Den christlichen Arbeitern, die eine solche Presse als ihre Vertretung ansehen, unser Beileid. In ihrer Unkenntnis glauben sie, ihre Sache zu fördern. In Wirklichkeit leisten sie aber durch die Zugehörigkeit zu den Zentrums-Gewerkschaften wie durch die Unterstützung der liberalen Presse nur dem Kapital Handlangerdienste, sie füllen nur den Geldsack der millionenreichen Firma Dillens. Hoffentlich kommen die Arbeiter bald zur Einsicht, daß nur in den freien Gewerkschaften ihre Interessen gewahrt werden.

Papier-Industrie

Wirtschaftliche Umschau.

Bölle und Papierverarbeitung. — Die Arbeiter als Preigelknaben. — Beschäftigungsgrad. — Vordringen der weiblichen Arbeitskraft. — Außenhandel. — Wörferstimmung.

In beträchtlichem Maße ist die Lage der Papierverarbeitungsindustrie immer noch beherrscht von der durch die Zollpolitik des Reiches geschaffenen Situation. Für manche Zweige des Gewerbebetriebes bedeuten die vom Auslande gegen deutsche Erzeugnisse errichteten Zollschränken einen Todesstoß, andre Zweige dieser Industrie wurden auf das wirtschaftliche Krankenlager geworfen, von dem sie nur mühsam sich erheben können. Viele Unternehmen quittieren über die staatsväterlichen Maßnahmen, die man ganz unbedeutender Weise als „Schutz der nationalen Arbeit“ firmiert, durch Abwanderung ins Ausland. So oder so: immer bekommen die Arbeiter Preigel auf den Magen! Die Verlegung von Fabriken ins Ausland raubt ihnen hier Beschäftigungsgelegenheit. In andern Fälle versuchen die Unternehmer, die ihnen durch die Zollpolitik verursachte Verschönerung des Absatzes, resp. Verteuerung der Produktion, durch Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse und Verweigerung von Verbesserungen möglichst auf die Arbeiter abzuwälzen.

Die Luxuspapierfabrik W. Hagelberg, A.-G., Berlin, die ihren Geschäftsbericht für 1911/12 bekanntgab, läßt kaum einen Zweifel darüber, daß sie gegen ihre Arbeiter einen über drei Monate dauernden Kampf führte, weil infolge der Bölle die Produktion ohnehin eingeschränkt werden mußte und man die Kosten der Zollpolitik zum Teil wenigstens an Arbeiterlöhnen sparen wollte. Die Verwaltung klagt darüber, daß die ausländischen Zollmauern die Ausfuhr mehr und mehr einschränken, man gezwungen sei, unter heftigen Konkurrenzkämpfen auf dem Inlandsmarkt sich eine neue Position zu verschaffen. Die Bilanz schließt mit einem Verlust von 262 579 Mk. ab. Die Aktionäre bekommen zum dritten Male keine Dividenden. Die Aussichten für das laufende Jahr werden als ungewiß bezeichnet.

Weniger schwierig hatten sich die Verhältnisse für die Papierfabriken gestaltet. Sie haben sich nun auf die veränderten Absatzbedingungen eingerichtet. Das ist allerdings auch sehr auf Kosten der Arbeiter geschehen. Die Löhne sind miserabel. Daß die Aktionäre wieder gute Dividenden erzielen, ist für die Arbeiter sicher ein schlechter Trost! Den Beschäftigungsgrad bezeichnen die Unternehmen im allgemeinen als zufriedenstellend. Die schon im April fast beschäftigte Zellstoffindustrie konnte im Mai eine weitere Steigerung des Beschäftigungsgrades konstatieren. Die meisten Fabriken können Aufträge nur noch bei sehr langen Lieferfristen übernehmen. Die Papierfabriken berichten durchweg ebenfalls über genügend großen Auftragsbestand, der Arbeitsstapel der Druckpapierfabriken war selten größer als jetzt. Klagen über nicht ausreichende Beschäftigung kommen eigentlich nur aus der Tapetenfabrikation. Sie finden ihre Erklärung vorwiegend in andauernder Zurückhaltung in der Bautätigkeit; in beschränktem Umfang mag auch die in letzter Zeit wieder mehr bevorzugte Mode gestrichelter Wände die Nachfrage einschränken.

Die Bewegung am Arbeitsmarkt spiegelt die Frequenz der Arbeitsnachweise. Für den Monat Mai liegen folgende Zahlen aus der Papierindustrie, einschließlich Buchbinder- und Kartonagenarbeiter, vor:

durch. Auch die Brotwagen wurden zurückgehalten (die Arbeiter hatten sich tags vorher versorgt und die Bourgeois sollten mal entbehren) und erst recht die Bierwagen usw.

Der Vormittag. Die Spießer rasen. „Der Stadtrat sagt in Permanenz. Ebenso die völlig überempfindliche Regierung. Militär konnte sie leicht schicken, denn die Generalstreiker wußten sehr wohl, daß es heute gar keine Uebung ausgedrückt war. Fabrikanten wußten nach der Polizei. Die aber antwortet: Helft euch selber! Wir können nicht überall sein — Um 9 Uhr ist große Versammlung vor dem Volkshaus. Zu Tausenden stehen die Arbeiter dort; kein Fußsteig, kein Tramwagen fährt sie, keine Polizei läßt sich sehen. Vom Balkon aus spricht ein deutscher, von einem Wagen aus ein italienischer Redner zu den Massen. Inbeid wird es applaudiert, das bestreute Wort: „Das Experiment ist glänzend, ist über Erwarten gut gelungen!“ Kinematographen nehmen die Szenen auf, ebenso ein Heer von Photographen. Ein Häuflein Italiener zieht vor eine große Druckeret, um die Buchdrucker für ihren Berrat zu züchtigen. Es werden leiser Scheiben eingeworfen, Motignale ertönen. Aus Angst stellen einige andre Betriebe die Arbeit ein, so auch die Druckeret der „Zürcher Post“.

Der Nachmittag. Am See stellen sich gegen 1 1/2 Uhr die Feiern zum Demonstrationstage auf. Fahnen werden geholt, Orchester mit Armbrunden versehen, Deputationen zu den Geschäftsführern geschickt mit dem Auftrag, die Läden zu schließen. Nur ein Bantier bricht mit dem Revolver — alle andern parieren. All die Laufende von-Verläuren usw. ergeben sich jetzt in die Stadt; alles ist auf den Beinen, alle Fenster, Ballone, Dächer usw. sind dicht mit Neugierigen besetzt. Ueber 8000 sind im Zuge, über 20 000 bilden Späker. Mit Schreden schauen die Bourgeois auf die Massen: Die also sind heute die Herren der Stadt! Das sind also die Mehrer unseres Reichturns! Sie sind die Unentbehrlichen! Nehme uns, wenn sie uns ihre Kraft einmal für länger als für nur 24 Stunden verweigern!!! Der Zug macht gewaltiges Aufsehen. Der Fußschlag der Stadt führt für ein paar Stunden. Dampf ertönen die Trommeln und Pfeifen. In den Augenbezirken machen die Fabrikanten, die mit noch einigen Arbeitern geschäftig, ihnen die Bude zu. So ger die Polizei rät ihnen das: Seht kommt der Zug hier vorbei. . . . An der Militärkaserne stehen etwa 200 Mann, die zufällig vom Gottfard über Zürich gelommen. Als sie den Zug mit den roten Fahnen erblicken, rufen sie begeistert Bravo! Und taufenstimmig antwortet ihnen die Menge. Auch in Uniform und Hügel des Proletariats das Herz. Nach zwei Stunden kommt der Zug im Stadtpark an. Hier wie überall am Vormittag ertönt wieder das Kommando: Keinen Tropfen Alkohol!

Bilder vom Züricher Generalstreik.

In Zürich haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter als Antwort auf das provokatorisch-unternehmerfreundliche Verhalten der Behörden einen einmütigen Generalstreik beschlossen und durchgeführt. Ueber Besätze, Verhaftungen und Spionage berichten jetzt aus unfer Schweizerischer Vaterland die folgende Seite.

Die Ursachen. Aus den Rednerbüchern der demütigen Großstädte werden angeführt. Diebe, Straßläufer usw. nach Zürich geholt und gegen die öffentlichen Schächer als Straßläufer benutzt. Das Gefühl, belächelt unter dem Namen „Gingegade“, wird von den Unternehmern mit Fesseln, Druckstrahlen, Dolchen und Schlagringen angedrückt und über per Anwesenheit auf Kosten der Unternehmern in die Arbeiterklasse, um den zu provozieren. Mehrere Unbedeutende werden von den Arbeiterbetrieben angegriffen. Die Polizei — spernt diejenigen Streiker an, die sich gegen dieses Gefühl zu Wehr setzen! Und da man verlangt, die Streikenden anzufassen, verurteilt ein Befehl der Regierung der Polizei das Streikverbot! Das heißt dem Fuß den Boden aus. So und einem Punkte wird aus Tausenden von Köpfen zum Hitz gemacht.

Die Vorbereitungen. Der Vorstand der Arbeiterkassen besetzt binnen 24 Stunden die Delegierten und Verbände der Gewerkschaften und Arbeitervereine anrufen. Es wird einmütig beschlossen. Sie dürfen nicht willkürlich alles gefaselt lassen. Die Regierung weiß freilich Arbeiter aus und besetzt das Jugendgericht der Unternehmern. Das ist gewiß für die freie Schweiz! Deshalb: Zum erstenmal ein öffentliches Mittel des Protestes gegen die Regierung und ihre legalistische Auftragsgeber nötig. Wir beauftragen einen einmütigen Generalstreik. Einmütiger Generalstreik! Nicht abgemessene Drohungen werden für den ersten Abend die einzelnen Gewerkschaften einberufen. Sie stimmen einmütig zu, besetzen, angepöbelt, erstickt. Einmütig einmal die Fäden gegen sich, das ist Verhängung aus. Um die Beschwerden lauter aus der Reihe. Ihre Ausreden werden in schamlosen Weise beseitigt.

Die Protestaktionen. Neben einem Tag jeder Sitzung der Arbeiterkassen keine Drohungen mehr nötig. Von 7000, die angekündigt, haben 6200 für den Generalstreik getreten. Die polnischen Arbeiter besetzen immer auf der Straße werden an 3—4000 Arbeiter in ihrer Reihenfolge auf das Mittel. Nur nicht nachlassen und zu warten, um aus den Köpfen auszuweisen und die nachgehenden Punkte besetzen. Die ganze Bewegung der 425 Delegierten heißt heißt

in den Generalstreik, d. h. allerersten der Schweiz, einzutreten. Jubel über Jubel! Die Feind werden aufgerissen und das Resultat dem Volke da unten verhandelt. Kurzarbeit aus 5000 Köpfen antworten. Flugblätter, die bereits im voraus gedruckt, werden hinuntergeworfen und im Sturm in der Stadt verstreut. Journalisten aus allen Gegenden laufen zu den Telegraphenmasten. Erkennen in die vertriebenen Lokale, wo die übrigen Arbeiter warten. Die vorüberfahrenden Krämer (Straßenbahnen) schmunzeln. „Wir werden nicht festhalten.“ Oben im Saal wird weiterberaten, wie der Protest durchgeführt werden soll. Ordner werden bestellt, Trommelkorps muß gemacht, die die Polizei, Arbeiter, legt heute die Arbeit nieder! durch die Stadt tragen sollen, Anleiter werden bestimmt, die ebenfalls Polizei an die Straßenden und an die Fabriken anrufen müssen. Deputationen werden gewählt, die die Danks usw. zum Beschützen ihrer Häder und Geschäfte vorantreiben sollen usw. Es herrscht eine kolossale Aufregung, aber musterhafte Ruhe und Besonnenheit.

Der Aufmarsch. Fast 4 Uhr ziehen Arbeitertrupps, die gar nicht erst schlaßen gegangen sind, vor die Depots der städtischen Straßenbahnen. Andre bezeugen die ganzen Betriebswerke der Stadt, die Fabriken, Mühlen, Banäle usw. Neugierig schauen die Nachbarn zu. In die Straßenbahnen wird das rote Flugblatt verteilt, ebenso an die nach und nach ankommenden Italiener, die alle interessiert zu sein und zu schmunzeln beginnen. Um 5 Uhr kommen die ersten Krämeler. Man läßt sie gar nicht erst ins Depot hinein — sie leisten auch gar keinen Widerstand. Ein paar Polizisten stellen sich an, können aber nichts anfangen und fügen sich in das Unvernünftige. Immer mehr Arbeiter umlagern die Depots. Hier und da berühren einige christliche Krämer, einen Wagen herauszuschieben, aber das Publikum schiebt ihn mit aller Seelenkraft wieder in die Halle zurück. Die Polizisten lachen selber mit. Nur in einem Depot will man Gewalt erweisen, aber die Arbeiter legen sich einfach auf die Schienen — und die Wagen werden zurückgehoft. Nach einer Stunde werden die Krämeler von den Aufseher nach Hause beordert. Das Publikum freut sich. Drinnen aber in der Stadt stehen Hunderte an den Haltestellen und gucken sich die Augen aus, ob denn immer noch keine Straßenbahn kommt. Erst als sie die roten Fahnen sehen, geht ihnen ein Licht auf. Jetzt ziehen auch die Lambarden durch die Stadt, und mancher Krämeler schreit erschrocken aus den Fenstern. Einige Kolonnen Straßenbahnen werden zur Stadt hinausbeordert. Man trüffel sie: Wir werden schon dafür sorgen, daß heute die Straßen nicht allzu beschmutzt werden. Und dann hält man alle Kraftwerke, die in die Stadt wollen (es ist zufällig Wartung heute) draußen an der Peripherie zurück. Die Krämeler waren mit ihren Autos bereits nach Hause gefahren. Nur zwei Polizeikräfte, in denen wir von der Presse aus befanden, ließ man

	Arbeitslos		Offene Stellen		Besetzte Stellen	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
1909	1731	855	497	558	339	432
1910	1518	878	520	660	366	432
1911	1735	1178	833	1037	687	788
1912	1930	1375	864	1015	715	815

In der Zahl der besetzten Stellen läßt sich eine Besserung konstatieren. Trotzdem ist das Angebot außerordentlich groß. Das Verhältnis der Zahl Arbeitslosender zu den besetzten Stellen läßt auf eine große Arbeitslosigkeit schließen. Sehr auffällig tritt das Ueberwiegen der weiblichen Arbeitskraft in die Erscheinung. Das gilt sowohl vom Angebot wie auch von der Zahl der besetzten Stellen. Es scheint so, als ob die Erziehung der Produktion durch die Fällerei in der Papierindustrie die starke Beschäftigung der schlecht bezahlten weiblichen Arbeitskraft gefördert habe.

Eine gesteigerte Lebhaftigkeit zeigt sich im Außenhandel. Erheblich aber ist die Ausfuhr der feineren Papierwaren zurückgegangen, nachdem im vergangenen Jahre eine starke Zunahme zu verzeichnen war. Die Position: Lampenschirme, Laternen, andre feine Waren, Luxusgegenstände, Blumen, figuriert in der Statistik mit folgenden Abzählungen: 1910 2451, 1911 3288, 1912 2889 Doppelpentner. In den Gesamtsummen liefert der Außenhandel mit Papier- und Papierwaren folgendes Bild:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	Werte in Tonnen	Werte in 1000 Mk.	Werte in Tonnen	Werte in 1000 Mk.
1910	35 191	8 645	189 440	84 424
1911	40 770	11 627	199 745	90 812
1912	45 031	12 417	201 088	90 259

Merkenwertweise ist in den letzten zwei Jahren die Einfuhr stark gestiegen, während die Ausfuhr eine geringe Zunahme aufweist. Das Einfuhrmehre entfällt jedoch fast ausschließlich auf Holzschiff- und Einstampfpapier, also auf Rohmaterial. Bei diesen beiden Positionen ist die Einfuhr im laufenden Jahre um 5885 Tonnen größer als im Jahre vorher. Die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes für Rohmaterial läßt auf einen außerordentlichen Bedarf schließen. Vornehmlich kommt dabei wohl Druckpapier in Betracht.

Die aufsteigende Tendenz, die im allgemeinen in den aufgeführten Tatsachen zum Ausdruck kommt, beherrscht auch die Börsenwerte wieder etwas unglücklicher beurteilt. Das trifft aber nicht die Papierindustrie allein. Es handelt es sich um eine allgemeine Erscheinung, die als Reaktion gegen die Ueberspekulation in der Montanindustrie angesehen werden kann. Soweit die inneren Verhältnisse der Papierindustrie in Betracht kommen, liegt zu einer unglücklichen Auffassung kein Grund vor. Im großen und ganzen kann man sagen, daß sich für die Papierindustrie die Verhältnisse wieder günstig entwickeln. Die finanziellen Ergebnisse des laufenden Jahres werden gesteigerte Gewinnausschüttungen erlauben.

In glühender Asche umgekommen.

In der Simonischen Papierfabrik in Fockendorf b. Arnburg ereignete sich am 11. Juli ein schrecklicher Unglücksfall. Der Maurer Albin Gentsch aus Windischleuba stürzte beim Aufräumen unter dem Dampfkeffel in die noch glühenden Massen und verbrannte sich dabei so sehr, daß er unter großen Schmerzen starb. Das Unglück entstand dadurch, daß dem Manne die Leiter unter den Füßen wegrutschte.

Verschiedene Industrien

Fürchterliche Vergiftung durch Säuredämpfe.

Infolge Vergiftung durch Säuredämpfe verstarb am 12. Juli der in der Deutschen Zellulosefabrik in Eilenburg beschäftigt gewesene Arbeiter Heinrich Moritz. Soweit uns bekannt ist, war am 9. Juli die Säure in der Schleuder in Brand geraten. Anstatt, daß sich nach Moritz von der Maschine entfernte, blieb er stehen und rührte die Säure um, jedenfalls war ihm die Gefahr nicht bekannt; denn statt daß der Meißler Dränung die Leute auf die Gefahren aufmerksam machte, renommierete er, er könne sich in der Säure die Hände waschen. Auch hat er zu Leuten, welche in dem Betriebe infolge Krankheit nicht weiterarbeiten konnten, gesagt, sie sollten beim Kombitor arbeiten. Heute wird wohl Dränung auch nicht mehr so großmäulig sein, denn er hatte am 9. Juli auch Dämpfe eingeatmet und war infolgedessen zwei Tage arbeitsunfähig. Dränung hat sich noch am Dienstag durch Einpumpen von Sauerstoff behandeln lassen, Moritz aber hat noch bis 6 Uhr abends gearbeitet, mußte noch in der Nacht ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen und ist dann

Es werden einige tausend leere Gläser geholt und die Brunnen gestrichelt. Nicht ein einziges Glas Bier, nicht ein einziger Liter Wein wird getrunken! Trotz glühender Julihitze — Frühliches Lagerbier beginnt. Neben werden gehalten, die Hühe und Hühnerchen der Feiernabend gelobt. Draußen aber liegt wie tot die sonst so lärmende Großstadt. Tausende von Arbeitern sind schon am Vormittag in die Berge gestiegen, haben im See, an der Angel, rudern oder schlafen. . . .

Der Abend. Die Laternenanzünder stehen untätig an den Depots. Sie werden die Stadt im Finstern lassen. Das Elektrizitätswerk hat bereits die Lieferung von Strom ausgesetzt. Plötzlich aber heißt es: Militär wird ausbezahlt! Wie ein Lauffeuer pflanzt sich der Ruf fort. Nimmehin sind Anwohner zu befragen. Unter dem Schutze der Nacht werden die Provokateure leichtes Spiel haben. Deshalb: Befehl der Arbeiterunionsleitung an die Anwohner: Bündel am Damit nichts passiert. Und nun erst erhält die Stadt Licht. . . . Am 10 Uhr treten die Gasarbeiter wieder an, denn schon ist Gasmangel zu verzeichnen. Aber die Union diktiert. Am 12 erst ist der Generalkrieg zu Ende. Und die Arbeiter ziehen wieder ab. — Bis hierher war alles in denkbar größter Ruhe vor sich gegangen. Nur ein Polizist hatte Ausschreitungen begangen, und einige Italiener. Sonst nichts. Trotzdem wurde gegen 10 Uhr abends die Bevölkerung, die bereits ins Bett gehen wollte, mit dem Militärangebot erschreckt. Für den anderen Morgen wurden durch Plakate und Telegramme die Soldaten herbeigerufen. Wozu nur? fragte man. Jetzt, wo alles vorüber ist? Die Antwort hörte man am andern Morgen: Damit die Unternehmern ausserordentlich hohen Zuschläge wurden von den 20 000 Feiernabend etwa 11 000 ausgebezahlt — unter dem Schutze der Bajonette der freien Schmeißer. . . . Als die Mauer auf die Bauten kamen, wurden sie von Bajonetten zurückgedrängt. Sie waren arbeitswillig, wurden aber nicht geliebt. . . .

Am Tage nachher. Die Arbeiter sind wie umgewandelt. Kein einziger läßt sich sehen. Kann, daß sie von der Aussperrung erfahren, pöden sie ihre Stuckhüte und fliegen aus. Schon mittags sind über 1000 auf dem Uelitzberg, mehr noch auf dem Zähringberg; Hunderte fahren ins Gebirge, zu Verwandten, zu Bekannten an den Seen. — und das Militär weiß vor Langeweile nicht wohin. Seine Posten stehen sogar in den Gertüchleien, in den Banken und vor den bestreuten Werkstätten der Schlossermeister. Ueber 2500 Mann sind da, aber nicht einer hat etwas zu tun. Das Spielertum rast sich in der Presse aus. Nord und Ostschlag fordern sie an den Wäbelsführern. Die Regierung mußte zu gehorchen; sie erlöst ein williges Streikpostenbrot, ein Verbot aller

nach zwei Tagen gestorben. Das Moritz noch am Tage der Erkrankung mit Sauerstoff behandelt wurde, ist uns nicht bekannt; nach unserer Meinung hätte das doch sofort geschehen müssen. Die vielen Erkrankungen der Säurearbeiter müßten doch auch schon dem Betriebsleiter aufgefallen sein, aber wird seine Zeit durch Führung von schweren Ästen und Gesangsübungen unter den Arbeitern voll in Anspruch genommen? Das Gebäude, in welchem die Säureabteilung untergebracht ist, ist so baufällig, daß es innen und außen mit Posten gestützt werden muß. Da das Mauerwerk durch den Säurenebel zerfressen ist, lösen sich öfters Teile los und fallen in die Säuredämpfe. Es ist schon vorgekommen, daß in einer Schicht 7 Löpfe Säure gebrannt haben. Derartige Vorfälle können bei einigermaßen gutem Willen leicht abgemittelt werden.

Unfall.

Bei der Firma Weisbrodt u. Seifert in Weinheim — Gummi-fabrik — verunglückte am 18. Juli ein jugendlicher Arbeiter aus Hirsch im Oberwald, indem er sich an der Schürungsmaschine zwei Finger der rechten Hand — Zeige- und Mittelfinger — löste. Nach dem Unglücksfall wurde ein unter 14 Jahre alter Arbeiter mit der Aufsicht an der gleichen Maschine betraut. Die Firma meint, ältere Arbeiter an diese Maschinen zu stellen, lohne sich nicht. Deshalb müssen jugendliche Arbeiter zu Krüppeln werden. Es ist kein Schand, wenn sich die Gewerbeinspektion etwas mehr um diesen Betrieb kümmert. Dieser Fall beweist wieder, was noch alles in punkto Arbeiterschutz zu tun ist.

Streits und Lohnbewegungen.

Streits und Aussperrungen bestehen in Berlin, Bismarck i. M. (Papierfabrik), Dresden (Biegelei Geier in Omsenitz), Görlitz (Maggon-fabrik), Hamburg, Kolmar i. P., Landsberg a. d. W. (Biegeleien), Naunheim-Friedrichsdorf, Reichen (Congruben), Niederschönweideberg bei Königswalde i. Erzgeb. (Papierfabrik Pils), Strauß bei Halle a. Saale (Zement-Industrie), Saubach im Oberwald (Gummifabrik), Strelitz i. M., Welsch i. Mark (Sägewerk), Wunsiedel. Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Erfolge des Verbandes im Gau 15 (Sitz Hamburg) im Monat Juni 1912.

Bremen. Nach einem dreiwöchigen Kampfe erzielten die Schiffs- und Kesselreiner, neben andern recht erheblichen Vorteilen, einen Mehrlohn von 3 Mk. pro Woche für jeden Beteiligten, so daß der Mindestlohn nunmehr 55 Pf. pro Stunde beträgt. Ueberstunden werden mit einem Zuschlag von 10 Pf., Nachtarbeit wird mit 15 Pf., Sonntagsarbeit mit 20 Pf. und Arbeit an den gesetzlichen Feiertagen mit 45 Pf. Zuschlag pro Stunde vergütet. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind tariflich auf 2 1/2 Jahre festgelegt.

Die Lohnbewegung bei der Firma R. Neuschner (Patent-Heißstoff-aphallierung) fand auf friedlichem Wege ihre Erledigung. Erreicht wurde ein Mehrlohn von 3,40 Mk. pro Kopf und pro Woche. In dem zwischen Firma und Verbandsleitung vereinbarten Vertrag ist der Stundenlohn für Heißstoffarbeiter auf 60 Pf., für Heißstofflocher auf 55 Pf. und für Hilfsarbeit auf 50 Pf. bemessen. Die Ueberstunden werden mit einem Zuschlag von 50 Prozent pro Stunde bezahlt.

Elmsborn. In den Margarinewerken (Gebra) von E. Amsussen kam es infolge der völlig ablehnenden Haltung der Firma gegenüber den Forderungen der Arbeiter zu einem Ausstand. Der Versuch der Firma, den Betrieb mit dem Kontorpersonal aufrecht zu erhalten, erwies sich bald als undurchführbar, und die Firma mußte die Hand zum Frieden bieten. Es gelangte ein Vertrag zum Abschluß, nach welchem zum einen 9 1/2 wöchigen Arbeitslohn der Einstellungslohn für Arbeiter über 18 Jahre 40 Pfennig beträgt. Der Lohn steigt nach einem Jahre auf 46 Pf., für Arbeiterinnen von 22 auf 26 Pf. pro Stunde. Für Arbeiter bis zu einem Alter von 18 Jahren wird ein Stundenlohn von 32 Pf., bis zu 16 Jahren 25 Pf. bezahlt.

Harburg. In den Harburger Hartsteinwerken endete die Bewegung mit einem Vergleich. Der Stundenlohn für Plazarbeiter wurde von 42 auf 45 Pf. erhöht; denselben Lohn erhalten auch die Betriebsarbeiter, sofern dieselben nicht an ihren Posten beschäftigt werden können. Ebenfalls wurde den im Nord- beschäftigten Auf- und Abladern bei etwaigen Lohnarbeiten ein Stundenlohn von 45 Pf. zugesprochen. Den Arbeitern und Arbeiterinnen der Rindschurfabrik von H. C. Marx wurde eine Lohnzulage von 2 bis 5 Pf. pro Stunde gewährt.

Einen ähnlichen Verlauf nahm die Lohnbewegung bei der Firma F. Ehrl, Stärkefabrik. Die Löhne der Arbeiterinnen wurden um 10 Pf., die der Arbeiter, welche 4,50 Mk. und weniger verdienen, und der Handwerker um 15 Pf. und schließlich derjenigen Arbeiter, deren Lohn 4,50 Mk. übersteigt, um 10 Pf. pro Schicht erhöht. Ueberstunden werden mit 20 Prozent Zuschlag vergütet. Dieses Angebot der Firma fand die Zustimmung der Arbeiterschaft.

Nach einem Lohnabkommen zwischen der Firma United Timber und Bormoole Rodde Alphonse Company und den bei dieser Firma beschäftigten Arbeitern wurde der Stundenlohn von 42 Pf. und darüber um 3 Pf. erhöht. Für Ueberstunden wird ein Zuschlag von 10 Pf., für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 50 Prozent pro Stunde bezahlt. Außerdem erhalten die Nordarbeiter einen Extraschlag von 50 Pf. pro Kopf und pro Tag.

Auch die Bewegungen in der Harburger Delindrie, bei den Firmen Brinmann u. Mergel, Wesson-Gesellschaft, Wasmollfaat-Deffabrik Jr. Ehrl und Fr. Ehrl's Vereinigte Harburger Deffabriken U. G., sind zugunsten der Arbeiter verlaufen. Die Verhandlungen zwischen den Firmen

sammlungen, Demonstrationen, Reden unter freiem Himmel usw. Aber die Schärpmacher fordern ungesühm ein weiteres. Die Regierung läßt über den Kopf der Staatsanwaltschaft einige Führer der Arbeiter verhaften, unter Druck von Recht und Gesetz. Aber die Bürgerbände will Blut sehen. Die Regierung befehlt mit 50 Polizisten das Volkshaus, sperrt mit 800 Soldaten die Straßen ringsum ab, sucht nach Dokumenten in allen Gewerkschaftsbüros, nach Protokollen, nach den Kassen, Mitgliedslisten usw. Sie ist müde, daß nichts, sozusagen gar nichts gefunden wird. In der Presse läßt sie erklären, daß das feige von den Arbeitern sei, daß sie alles rechtzeitig verdeckt hätten. „Verhöhnlich“, sagt einer der hanzjüngenden Leutnants, „merkwürdig, daß Sie seit dem 7. Juli gar keine Briefe und Schriftstücke mehr geliegt haben!“ „Ja, ja, es ist merkwürdig!“ antworteten die Sekretäre. Und schallendes Gelächter hört man von unten herauf, als das bekannt wird. Marsch! Aber den Märsch verläßt man fast den gesamten Amiensvorstand: Lehrer Böhmstein als Präsident, Friedensrichter Gibel als Kassierer, Grabenmeister Vertan, Schreiner Schubert, Sekretäre Vogt, Platten, Schaffroth, und läßt der wilden Menge der Bürgerbände mitteilen, daß die Verhafteten sich wegen — Aufruhrs (!!) zu verantworten hätten!!! Das trübenlassen der Arbeit soll Aufruhr sein! Aber die Arbeiter tun den Heringsaugen nicht den Gefallen, sich vor die Bajonette treiben zu lassen. In einem Flugblatt erklären sie: „Den Zeitpunkt, wo wir unsre Haut zu Markte tragen, bestimmen wir selber!“ Wir sind die Sieger, wir lassen uns durch eure bestimten Provokationen nicht um den Siegespreis bringen.“

Schluss und Lehren. Nach zweitägiger Aussperrung nehmen die Arbeiter ihre Arbeit wieder auf, nach weiteren 24 Stunden wird das Militär zurückgezogen, aber ein anderer Krupp von 1600 Mann „auf Bleist gestellt“, d. h. in Bereitschaft gehalten — „für alle Fälle“. Die Parteileitung, die Führer der Partei, die sozialistischen Fraktionen des Stadtrats und des Kantonsrats (Landtags), lassen erklären, daß sie zwar bisher beiseite- gestanden, daß sie aber jetzt einig und geschlossen für die Sache einstehen, gegen die Regierung usw. das Nötige unternehmen, die Interessen der Arbeiter, der Verhafteten, der Ausgesperrten usw. wahrzunehmen werden. Jetzt gibts keine Mißverständnisse mehr unter uns, jetzt wird gehandelt! Kopf hoch und die Hände der Deffie geeigelt! Wir wissen jetzt, wo's stark vor uns. Wehe der Feinde der Arbeiterfeinde, wenn wir diese Kraft einmal ausstoßen lassen! Jetzt wird auch der letzte Ungehorsame zu uns stoßen und wieder einmal wird die Dummheit der Regierung ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute tut! Der Delegationsausschuss ist aufgehoben — die Einzelkämpfe der Arbeiter aber bleibt!

und den Arbeiterausschüssen ergaben folgendes Resultat: Der Wochenlohn wird für den einzelnen Beteiligten um 90 Pf. erhöht; am 1. April 1913 erfolgt eine weitere Zulage von 60 Pf. pro Woche. Für Sonntagsarbeit wird außer dem bereits bestehenden Zuschlag von 25 Prozent ein weiterer Zuschlag von 25 Pf. für den halben und 50 Pf. für den ganzen Tag bezahlt. Außerdem werden allen Arbeitern, je nach der Dauer der Beschäftigung, Ferien von 2 bis zu 4 Tagen unter Fortzahlung des Lohnes gewährt. Ungefähr dasselbe Entgegenkommen zeigten die Fabriken Leutonia, Koch u. Co. und Noble u. Ehrl, Hamburg. Im Auftrage der Arbeiter der Chemischen Fabrik von Morgeulern, Birgot u. Co. in Wilmwärdern unterbreitete die Verbandsleitung der Firma eine Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne. Da die Firma jede Verhandlung ablehnte, erfolgte die Einstellung der Arbeit. Nach vierwöchigem Kampfe bewilligte die Firma eine Verlängerung der Arbeitszeit um 40 Minuten täglich und eine Zulage von 2 Pf. pro Stunde.

Mit der Großwäscherei-Gesellschaft m. b. H., vormals Gustav Seifert, wurde ein Vertrag vereinbart. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden, der Einstellungslohn für Vollarbeiter 60 Pf., steigend bis 60 Pf. Arbeiter von 18 bis 20 Jahren erhalten 35 bis 42 Pf. pro Stunde. Die Mangelarbeiterinnen arbeiten im Nord. Sie erhalten pro 100 Kilogramm Wäsche 2,55 Mk., wenn dieselben mit den Juristerrinnen zusammen arbeiten. In umgekehrten Falle erhalten erfahre für 100 Kilogramm 2,08 Mk., die Juristerrinnen 52 Pf. Der Lohn für alle übrigen Arbeiterinnen beträgt 27 Pf. pro Stunde. Ueberstunden werden mit 25 Prozent Zuschlag vergütet.

Seitens der Direktion der Dampf-Leppich-Klopp- und Reinigungs-anstalt wurde mit einer Kommission nachfolgendes vereinbart. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher bestehen. Der Einstellungslohn beträgt 4 Mk. pro Tag, nach halbjähriger Beschäftigung 4,20 Mk., nach zehnjähriger Beschäftigung 4,50 Mk. Arbeiter, welche während einer Saison im Betriebe beschäftigt waren, erhalten bei ihrer Wiedereinstellung in der nächsten Saison den betreffenden erhöhten Lohnsatz. Die Vollarbeiter erhalten einen Wochenlohn von 84 Mk., die Kurztücher und Schaffner 32 Mk. Sonntagsarbeit, unter der nur Pferdepflege zu verstehen ist, wird mit 1,50 Mk. pro Mann vergütet. Nach fünfjähriger Beschäftigungsdauer erhält das Personal sechs Tage Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes.

Die Arbeiter der Firma Franz Kuchreiners Nachfolger, G. m. b. H., erzielten eine Arbeitszeitverlängerung von 10 Minuten pro Tag, einen Zuschlag für Ueberstunden von 25 und 50 Prozent, für das Reinigen der Fettguben ebenfalls 50 Prozent. Urlaub wird bis zu 6 Tagen gewährt.

D a b e d. Mit der Firma G. Meyer u. Co., Produktengeschäft, schloß die Verbandsleitung einen neuen Vertrag bis zum 31. März 1915 ab. Außer der Erhöhung der Stundenlöhne von 3 Pf. für das Sommerhalbjahr und 4 Pf. für das Winterhalbjahr und einer Entschädigung von 10 Pf. für Ueberstunden haben die Nordsätze eine 10- bis 30prozentige Aufbesserung erfahren.

D a n e n b u r g. Die Lohnbewegung der Hilfsarbeiter auf der Hülserlöhner Werft ist als erledigt zu betrachten. Die Niedrigstlöhne von 33 Pf. wurden um 2 Pf., alle höheren Lohnsätze über 35 Pf. um 1 Pf. pro Stunde erhöht.

Den auf dem Gaswerk beschäftigten Arbeitern wurde eine Lohn-erhöhung von 35 auf 38 Pf. pro Stunde zugesprochen.

Mit demselben Erfolg endete die Bewegung der Arbeiter der Rase-borschen Biegelei; allerdings mit dem Unterschied, daß in diesem Falle nur den organisierten Arbeitern eine Zulage von 30 Pf. täglich gewährt wurde, während die Nichtorganisierten unberücksichtigt blieben. Der Fall ist für alle indifferenten Berufscollegen, die immer noch Zweifel an der Nützlichkeit der Organisation hegen, äußerst lehrreich.

Ein neuer Vertrag von einjähriger Dauer gelangte zwischen den Inhabern der Kafffabriken und den in diesen beschäftigten Hilfsarbeitern zum Abschluß. Nach den Vertragsbestimmungen wurde der Einstellungslohn von 30 auf 33 Pf., der Normallohn von 33 auf 35 Pf. erhöht; am 1. Januar erfolgt eine weitere Zulage von 1 Pf. pro Stunde. Eine gleichzeitige Aufbesserung der Nordlöhne umfaßt ungefähr einen Mehrlohn von 25 Pf. pro Tag. Ueberarbeit und das Reinigen der Kessel wird mit einem Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde vergütet.

D i f f e l d o r f. Den Arbeitern der Firma Dr. Thompson, Seifen-pulverfabrik, gelang es, durch ihre Organisationen eine Reihe von Verbesserungen zu schaffen. Für die männlichen Arbeiter wurde eine wöchentliche Lohnerhöhung bis zu 2,40 Mk. erzielt. Ferner wurde die Arbeitszeit an den Sonnabenden bis auf 2 Uhr mittags verkürzt. Außerdem wurden noch eine Reihe kleinerer Zugeständnisse gemacht, so daß die Arbeiter mit dem Resultat der Lohnbewegung wohl zufrieden sein können. Hoffentlich erkennen die Arbeiter nun den Wert der Organisation, namentlich die Arbeiterinnen, die bei dieser Lohnbewegung abseits standen, mögen einsehen, daß sie, wenn sie ihre Löhne verbessern wollen, sich dem Verband der Fabrikarbeiter anschließen müssen. So, wie bei der Firma Thompson, gibt es in D i f f e l d o r f noch viele Fabriken, wo manches zu erzielen wäre, wenn die Arbeiterschaft nur wollte. Darum, Arbeiter der chemischen, der Papier- und der keramischen Industrie, schließt euch dem Verband der Fabrikarbeiter an!

L u d w i g s h a f e n a. M. In der chemischen Fabrik von Dr. Raschig kam es zu einem neuen Tarifabschluß. Bei den Verhandlungen machte der Arbeitgeberverband erhebliche Schwierigkeiten, trotzdem wir schon seit Jahren mit der Firma im tariflichen Verhältnis stehen. Die Forderungen der Arbeiter wurden nur zum Teil bewilligt. Die Arbeitszeit wurde von 56 auf 54 Stunden pro Woche verkürzt. Der Bezahlung werden zehn Stunden pro Tag zugrunde gelegt. Der Anfangslohn für Fabrikarbeiter beträgt 43 Pf. und steigt an jedem 1. Januar um 2 Pf. bis auf 55 Pf. für Heizer, Maschinenisten und Apparateleute beträgt der Anfangslohn 46 Pf., steigend an jedem 1. Januar um 2 Pf. bis auf 58 Pf. Der Anfangslohn für gelehrte Arbeiter von 20 bis 24 Jahren beträgt 50 Pf., über 24 Jahre 55 Pf., steigend an jedem 1. Januar um 2 Pf. bis auf 68 Pf. Die Anfangslohne der Fabrikarbeiter sind von 40 auf 43 Pf. erhöht, die der Heizer und Apparateleute von 42 auf 46, und die der gelerntsten Arbeiter von 45 auf 50 Pf. resp. von 50 auf 55 Pf. Diese Steigerung der Löhne von 3, 4 und 5 Pf. tritt für alle in Betriebe beschäftigten Arbeiter bei Abschluß des Tarifs in Kraft. Dieser zahlte die Firma die Versicherungsbeiträge, die nach dem Tarifabschluß von den Arbeitern selbst bezahlt werden mußten. Die wirkliche Lohnerhöhung beträgt demnach rund 1 1/2, 2 1/2 und 3 1/2 Pf. pro Stunde, der eine weitere Erhöhung um 2 Pf. am 1. Januar folgt. Die Verlängerung der Arbeitszeit auf 9 Stunden pro Tag ist ein erheblicher Fortschritt. Die Bezahlung in Ludwigshafen wird in der Regel nach zehn Stunden berechnet. Der Arbeitgeberverband will durch diese Zahlungsmethode jedenfalls den Anschein niederer Löhne erwecken, damit die Arbeiter anderer Industriebezirke ihre Forderungen auf die Lohnverhältnisse in Ludwigshafen nicht zuschneiden sollen. Rechnet man den Lohn auf die wirkliche Arbeitszeit von 9 Stunden um, so ergeben sich für Fabrikarbeiter Stundenlöhne von 47,8 Pf. bis 61 Pf. für Heizer und Apparateleute gelten die angegebenen Löhne, denn sie arbeiten 12 Stunden und werden demnach bezahlt. Für die Handwerker steigen die Löhne aber auch der neunstündigen Arbeitszeit entsprechend auf 55,5 61 und 75,5 Pf. Dieses sind die wirklichen Löhne, wie sie bei der Firma gezahlt werden. Die Steigerung ist nicht allzuhoch, sie entspricht wohl kaum den berechtigten Forderungen, wie sie durch die verteuerte Lebenshaltung bedingt sind. Trotzdem konnte der Erfolg nur durch einmütiges Zusammenhalten der Arbeiter erreicht werden. Die Arbeiter haben in vier vollbesetzten Versammlungen ihren Willen kundgegeben. Gätte auch nur ein kleiner Teil versagt, der Erfolg wäre ausgeblieben.

F r e e s. Der Streik bei der Firma Joh. Wätjen, Sägewerk, damit unüberdört fort. Der Firmeninhaber, der bisher jede Verhandlung mit den Vertretern der Arbeiter ablehnte, hat auch die Vermittlung eines Vorstandsmitgliedes des Arbeitgeberverbandes mit der Vermittlung zurückgewiesen, daß er durchaus keine Ursache habe, zu verhandeln, weil er mit den vorhandenen Arbeitskräften den Betrieb in vollem Umfange ansrecht erhalten könne. Wenn man berücksichtigt, daß die Elite der Arbeiterschaft im Streik steht und die „Rekruten“ des Herrn Wätjen aus größtenteils älteren Arbeitern und einem halben Duzend Hingekriegenen bestehen, welche sich bekanntlich mit einem kleinen Stück Arbeit recht lange behelfen können und dafür bald den doppelten Lohn beziehen als bei früher im Betriebe tätige, so kann doch die Behauptung der Firma nur darauf abzielen, die Deffektivität über die wütigen Tatsachen hinweg-

zutauschen. Durch derartige Scheinmander aber werden die Streikenden sich nicht beirren lassen; sie sind vielmehr der festen Zuversicht, daß auch der Firmeninhaber seinen Herrschaftspunkt im Laufe der Zeit glücklich überwinden und die Hand zum Frieden bieten wird. Der Zugzwang ist streng fernzuhalten.

Polizei und Gerichte.

§ Ein Unternehmer in Notwehr?

Am 9. Februar d. J. geriet in der Engelmannschen Zellulosefabrik in Leipzig der Bestzer mit einer Arbeiterin in Streit, in dessen Verlauf es zu Tätlichkeiten kam. Wie diese verliefen, schildert der Gerichtsbericht der „Leipziger Volkszeitung“ nach den Aussagen der Beteiligten vor Gericht so:

Herr Georg Engelmann behauptete, die Arbeiterin habe ihm mit einem bleiernen Kassestrich einen „kolossalen Schlag“ ins Gesicht versetzt, so daß ihm sein Klemmer entfallen sei. Erst dann habe er die Arbeiterin „feste“ heruntergedrückt. Nachher hätte sie noch mit einem Beien nach ihm zu schlagen versucht. Die Frau geohrteigt zu haben, leugnete Engelmann.

Der Arbeiter Sunderhauß hat den Vorgang in einer Entfremdung von 1 1/2 Meter angesehen. Er hat gesehen, daß Engelmann zweimal zum Schläge ausgeholt habe. Dann sei die Frau Engelmann ins Gesicht gefahren, so daß diesem Klemmer und Mülleherunterfiel, und nun faßte Engelmann die Frau am Hals, so daß sie unter den Tisch fiel. Frau B. blutete hierauf die Nase. Der nächste Zeuge ist der Arbeiter Thiele. Er hat gesehen, wie Engelmann die Frau geschubt und wie er zweimal zum Schläge ausgeholt hat. Wohin die Schläge getroffen haben, hat er, wie auch der Zeuge Sunderhauß, nicht sehen können. Daß Frau B. mit einem Krug geschlagen habe, hält der Zeuge für ausgeschlossen. Der Schlichter Pöhlke hat ebenfalls nicht gesehen, daß Frau B. mit einem Krug geschlagen habe. Die Arbeiterin Scholz ist die einzige Zeugin, die gesehen haben will, daß Engelmann von Frau B. mit dem bleiernen Krug geschlagen wurde. Sie behauptet sogar, daß Engelmann gar nicht tätlich geworden sei, obwohl dieser selbst zugibt, daß er Frau B. an den Hals gefaßt und sie „feste“ heruntergedrückt hat!

In der Verhandlung wird noch behauptet, daß Engelmann die Zeugen des Vorganges, die zur Kriminalpolizei geladen waren, in die Meisterkammer bestellt und mit ihnen über die Angelegenheit gesprochen habe. Auch gibt Herr Engelmann zu, bei einem Restaurateur 20 Mk. für Freibier für „seine“ Arbeiter hinterlegt zu haben. Der Zeuge Sunderhauß gibt an, daß bei den „Inspektionen“ durch Engelmann sein Kollege Thiele zu ihm gesagt habe: „Carl, wir sitzen nun da als Männer und müssen das mit anhören.“ Und Kollege Hauße habe zu ihm gesagt: „Carl, ich seh dir's an, du bist ganz weiß.“

Ueber früheres Uebergriffe des Herrn Engelmann behandelt Restaurateur Schuhr, der früher bei Engelmann beschäftigt gewesen ist, daß dieser viel Schnapsbrot gebrauchte. Einem alten Manne habe Engelmann einmal gebröht, eine herunter zu hauen, wenn er die Schnapsbrot nicht hätte. Einem anderen Arbeiter hat Engelmann gesagt, er müsse nach Döben. Einem jugendlichen Arbeiter hat Engelmann einmal eine Ohrspeiße gegeben. Wofür er sie bekommen, wisse der Mann heute noch nicht.

Nach diesen Zeugnisaussagen ist es erklärlich, daß das Gericht seine Urteile und durch Verhängung exemplarischer Strafen ähnlichen Verhältnissen vorzuzugewöhnen sucht. Es verhängte 30 Mk. und noch einmal 500 Mk. Geldstrafe.

Selbstverständlich nicht über Herrn Engelmann mit 30 Mk. wurde vielmehr Frau B. bestraft, weil sie Herrn Engelmann mißhandelt hatte und mit 500 Mk. der verantwortliche Rebalteur der „Leipziger Volkszeitung“, weil er das Verhalten des Herrn Engelmann öffentlich kritisiert hatte.

Ferner sei noch, daß der Arzt bei der Frau B. zwei 5 Zentimeter lange Kopfwunden sowie Beulen am Kopfe festgestellt. Ein Beweis, daß sie den Unternehmer tätlich vermisshandelt hat. Oder nicht?

§ Die braven Arbeitswilligen vor Gericht.

Im Frühjahr dieses Jahres freilich die Arbeiter der chemischen Fabrik von Dr. Schmitt in Ahrensbad bei Lübeck. Der Unternehmer suchte und fand Arbeitswillige von der bekannten Qualität. Die diese nützlichen Elemente hanteln, zeigte eine Verhandlung, die am 12. Juli vor dem Lübecker Landgericht stattfand. Angeklagt waren der Gastwirt Schwein, der von der Schwärze Gebrauch machte, wegen fahrlässiger Körperverletzung und fahrlässiger Tötung. Ferner die Arbeitswilligen Elembis, Weitroth, Wjgnowskij, Hoffmann, Trümpler, Kastenbein, Griffla und Vierera wegen Hausfriedensbruchs. Sachverständigen und Körperverletzung. Die Arbeitswilligen sind fast sämtlich verheiratet, darunter wegen Diebstahls und Zuhälterei. Zunächst wird nochmals der Sachverhalt erzählt. Die Angeklagten waren gerannt worden, sich an dem im Jahre des Jahres 1911 Schwein festbindenden Langvergnügen zu beteiligen. Demnach begaben sie sich dahin, gerieten mit den Gästen in Streit und wurden aus dem Lokal gedrängt. Darauf bombardierten sie das Lokal mit Steinen, rüfteten sich mit Knütteln aus, schützten in die Wände und schlugen auf die Gäste ein. Man ergriß den Gastwirt Schwein, von den Gästen angefordert, sein Gewehr und schuß zunächst zweimal unter die Angreifer. Die Hingehenden ließen sich trotzdem nicht einschrecken. Einer schlug mit dem Knüttel auf das Dienstmädchen ein. Nächst durchdrang ein Messer die Kehle der Haushälterin und führte in gefährlicher Stellung auf das Gasthaus zu. Der Herr glaubte, daß es sich um einen Messerangriff handelte und gab einen braven Schuß ab. Unabsehbar würgte der Antennenbein aufkommen. Die Schreie gewachte dann der Wirt, daß er einen seiner besten Gäste, den 18jährigen Knacht Emenich, der mit den Arbeitswilligen nichts zu tun hatte, den Tod gegeben hat. Der Verteidiger Schwane plädierte auf Freisprechung, weil sich Schwein in vermeintlicher Notwehr befinden habe. Die „nützlichen Elemente“ hatten um „ein Messer“, Schwein und Griffla wurden freigesprochen, die übrigen Gefängnisstrafen von drei bis fünf Monaten verurteilt. Auf der angeführten Arbeitswilligen Säbera, der vier Monate im Kater Krankenhaus behandelt wurde und dessen rechte Gehirnhälfte durch den Schuß teilweise gelähmt ist, erhielt wegen seiner Kajein oder Morone Gefängnis. Es war festgestellt worden, daß die Willigen sich wie Diebstahl benehmen und alles kurz und klein geschlagen hätten, wenn der Wirt nicht zur Waffe gegriffen hätte. Für diese Leute wurden nach der Ordnungsbrot nach befehligen Schreie gegeben.

Rundschau.

Schwer in der Gewerkschaft.
Der Reichstag hat kurz vor Schluß seiner Verhandlungen beschlossen, daß 18 Arbeiter in der Gewerkschaft aufgehoben werden sollen. Diese Arbeiter sollen jedoch ausschließlich die kleinen Fabrikanten und Arbeitswilligen, in denen weniger als zehn Arbeiter beschäftigt sind, betreffen, während die größeren Betriebe den Fabrikanten unmittelbar unterstellt sind. Zusammen kommen für die Unternehmungen etwa 3000 Betriebe in Betracht, in denen es bisher mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht allzu genau genommen wurde. Besonders sollen die Aufhänger dem Fabrikanten Bericht einreichen über ihre Tätigkeit, ebenso Mitteilungen über gegenseitige Anordnungen und Beschläge. Voraussetzung für die Aufhebung der Unternehmungen ist grundsätzliche praktische Anordnung und etwas gesetzlicher Unterhalt.
Dieser Beschluß hat zwei wesentliche Mängel. Der erste ist die Verhängung auf die Kleinfabrikanten und der zweite ist die Tatsache, daß nicht der einzige, sondern der schwebende Reichstag den Beschluß gefaßt hat.
Ein Gewerksrat nach dem Herzen der Unternehmer.
Am 5. Juni 1912 fand in dem Hause des Bürgermeisters Göbel, Pöhlke, über den wir in Nr. 13 des „Proletarier“ berichteten, ein

Termin statt, weil das Reichsgericht das erste Urteil aufgehoben und an dasselbe Gericht zurückverwiesen hatte. In dieser Verhandlung kamen eine Reihe neuer Zeugen mehr zur Vernehmung, darunter auch der Landrat des Kreises Greifenhagen. Dieser gab auf eine Frage des Vertreters an, daß man auch ihn gebeten habe, in der Streit der Arbeiterverarbeiter hermittelnd einzugreifen, und daß er den Lohn von 2,75 Mk. für 11stündige Arbeitszeit für zu niedrig gehalten habe. Aber bevor er eingreifen wollte, habe er (der Landrat) sich schriftlich an die Gewerbeinspektion in Stettin gewandt und diese ersucht, sich einmal nach den Verhältnissen der Unternehmer zu erkundigen. Hierauf habe der Gewerbeberater an ihn geschrieben, die Unternehmer, d. h. die Rohgewebefabrikanten, seien nicht in der Lage, mehr zahlen zu können. Darauf habe er die Vermittlung abgelehnt. Wir sind manches von den Gewerbetägern Preußens gewohnt, aber ein solches „Gutachten“ ist uns doch noch nicht vorgekommen. Sämtliche Rohgewebefabrikanten haben früher nichts, rein nichts gehabt; sie haben erst mit einem Stuhl angefangen. Heute haben sie 10 Stühle und noch mehr. Große Willen und Gärten sind ihr Eigentum. Und diese Leute sollten nicht einen Stundenlohn von 30 Pf. bewilligen können. Das glaube, wer mag! Das Vertrauen zu dem Gewerbeberater ist natürlich durch diese Auskunft bedeutend gestiegen!

Die Staatsschulden der Welt.

Eine mehr oder minder große Schuldenlast gehört zu den „Symptomen“ jedes modernen Staatswesens — eine Ausnahme macht nur der deutsche Bundesstaat Preuß. a. L., der sich durch vollkommene Schuldenfreiheit auszeichnet. In andern Teilen des Deutschen Reiches liegen jedoch die Dinge wesentlich ungünstiger. Hinsichtlich der absoluten Höhe der Staatsschulden marschieren Deutschland neben der französischen Republik sogar an der Spitze. Nach den letzten amtlichen Aufstellungen von circa 50 Kulturstaaten, die deutschen Bundesstaaten nicht einzeln gerechnet, befreit sich nämlich der Gesamtbetrag der Staatsschulden der Welt auf 157 853,48 Millionen Mark. Von der Größe dieser Schuldenlast erhält man ein konkreteres Bild, wenn man bedenkt, daß zu ihrer Begleichung mehr als 44 040 Doppelgänger deutscher Goldmünzen erforderlich wären. Bei einer durchschnittlichen Belastung mit 100 Doppelgängern pro Waggon — so sich diese Goldmenge also in 440 Eisenbahnwaggons oder in circa 15 normalen Güterzügen transportieren. Vorläufig ist allerdings an eine derartige Generalabrechnung noch lange nicht zu denken. Beträgt doch der Gesamtvorrat der Erde an Gold in Münzen und Barren nur wenig über 20 Milliarden Mark, d. h. nur ungefähr ein Viertel der gesamten Staatsschulden. Es ist im allgemeinen nicht ganz leicht aus der absoluten Höhe der Staatsschulden auf den Grad der öffentlichen Verschuldung eines Landes zu schließen. Die Arten der Kapitalaufnahme sind allenthalben verschieden, insbesondere ergeben sich hinsichtlich der öffentlich-rechtlichen Korporationen, denen das privilegierende Privileg des Schuldenmachens verliehen ist, starke Abweichungen. Naturgemäß marschieren die Staaten, die große Aufwendungen für ihre Wehrkraft machen, an der Spitze der verschuldeten Nationen. Frankreichs Staatsschulden betragen sich auf 20 202,96 Mill. Mark. Ihm folgt das Deutsche Reich, das unter Einrechnung der einzelstaatlichen Schulden einen Passivsaldo von 20 440,46 Millionen Mark aufweist. Pro Kopf der Bevölkerung ergibt sich für Frankreich eine Verschuldung von 661,67 Mark, in Deutschland beträgt dieselbe nur 314,8 Mark. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß Deutschland mit Kreis-, Provinzial- und Kommunalanleihen weit stärker geflegt ist als Frankreich. Diese sind aber in die Staatsschulden nicht mit eingerechnet. Das immer kreditbedürftige Rußland hat bisher nur die Kleinigkeit von 19 557,98 Mill. Mark — zum größten Teil bei seinem stets solventen Verbündeten — aufgenommen. Großbritannien's Schuldenkonto erhebt sich mit 14 954,68 Mill. Mark nur wenig über das der Vereinigten Staaten, das sich auf 11 615,52 Millionen Mark stellt. Relativ hoch in der Kreide stehen die drei kleineren romanischen Staaten. Es beträgt nämlich die gesamte Staatsschuld Italiens 10 462,32 Millionen Mark, Spaniens 7 544,83 Millionen Mark und Portugals 3 716,34 Millionen Mark. Der als arger Papierverderber trante Mann am Soporos könnte mit 2 345,46 Millionen Mark seine sämtlichen Gläubiger abfinden — wenn die Zeiten besser wären. Das aufstrebende Japan hat bereits eine Staatsschuld von 5 565,83 Millionen Mark aufgehäuft, die sich bei den wachsenden Aufwendungen und Ausgaben für kulturelle Zwecke wohl bald noch erheblich vergrößern wird. Desterreich-Ungarn hat nur 4 314,07 Millionen Mark Schulden aufzuweisen. Innerhalb des Deutschen Reiches zeigt sich — wie oben erwähnt — eine starke Verschiedenheit in der Verschuldung der einzelnen Landesstellen. Von der gesamten Staatsschuld entfallen auf das Reich 5 016,63 Millionen Mark und auf die Einzelstaaten zusammen 15 423,83 Mill. Mark. Der Grad der Verschuldung ist am stärksten in den Hansestädten, allerdings ist zu berücksichtigen, daß hier Staats- und Kommunalanleihen gleichbedeutend sind. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen in Bremen 999,97 Mark, in Hamburg 782,84 Mark und in Lübeck 631,88 Mark. Im weitem Abstände folgen Hessen mit 354,51 Mark, Bayern mit 331,98 Mark, Württemberg mit 263,25 Mark, Preußen mit 252,64 Mark und Sachsen mit 198,08 Mark pro Kopf. Sehr günstige Finanzverhältnisse weisen die deutschen Kleinststaaten auf. So beträgt die Verschuldung in Weimar, Meißn. a. L. und den beiden Fürstentümern Lippe nur wenig über 7 Mark pro Kopf. In Sachsen-Altenburg stellt sie sich nur durchschnittlich auf 4,27 Mark. Der einzige schuldenfreie Kulturstaat bleibt vorläufig Preuß. a. L.

Eingegangene Schriften.

Als Heft 30 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek erschien soeben von Dr. Jabel: „Die Berufswahl“ mit Rücksicht auf die Tauglichkeit für den Beruf. Mit dem vorliegenden Heft nimmt die Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek eine ihrer vornehmsten Aufgaben in Angriff, eine neue Aufgabe, welche — wie wir — vorabher in ihrem Programm gestanden und stehen mußte: die Berufswahl der Arbeiter, das große Gebiet der speziellen Gewerbehygiene, der Gesundheitsmaßnahmen in den Einzelbetrieben und der Bekämpfung dieser Schädigungen in einer für Arbeiter berechneten, wissenschaftlich einwandfreien und doch allgemein verständlichen Weise in Einzelheften zu schildern — eine in der populären Literatur völlig neue Aufgabe! Der Preis ist wie bei allen Heften 20 Pf., in besserer Ausstattung 50 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Gau 9 (Nordbayern).

Die diesjährige Gaukonferenz findet am 14. und 15. September in Ansbach, Gaißhaus. Zu den drei Tagen, statt. Beginn am 14. September abends 6 Uhr. Weitere Mitteilungen erfolgen durch Rundschreiben. Der Gauvorstand.

Gau 13. (Sitz Frankfurt a. M.)

Die diesjährige Gau-Konferenz findet am Sonnabend, dem 21., und am Sonntag, dem 22. September 1912, in Kassel, „Kleiner Stadtpark“, statt. Näheres geht den Ortsverwaltungen per Zirkular zu. Der Gauvorstand. J. A. L. Brunz.

Gau 15. (Sitz Hamburg.)

Die diesjährige Gau-Konferenz findet am 8. und 9. September 1912 in Lübeck, „Gemeinschaftshaus“, Johannisstr., statt. Alles Nähere wird rechtzeitig durch Zirkular bekanntgegeben. Die Gauleitung. Fritz Dörger. Martin Schwarz.

Verbandsnachrichten.

Auswahl!
Die Zahlstellen werden ersucht, dem Unterzeichneten Auskunft zu geben über die Adresse des Kollegen Johannes Schröder, Kartennummer 192 764, geb. den 18. Februar 1880 in Ludow, Kreis Uedernünde. Fritz Thieme, Stettin, Gr. Oderstr. 18-20, Volkshaus.

Statistik. — Graue Karten.
Für Monat Juli sind die grauen Karten bis zum 4. August einzuliefern. Dieser Termin muß eingehalten werden, weil das auf Grund der Karten festgestellte Gesamtergebnis für das Reich zum 6. des betreffenden Monats bereits an das Statistische Amt abgegeben muß.
Als Stichtag zur Feststellung der Arbeitslosen am Orte und auf der Reise gilt der 27. Juli.

Vom 16. Juli an gingen bei der Hauptliste folgende Beiträge ein:
Hensburg 411,89. Glückstadt 1199,90. Stettin 1557,95. Frankenthal 500.—. Würzen 284,36. Gagnay 271,97. Rheinfelden i. W. 49,17. Dessau 45.—. Langelsheim 542,48. Wilsdorf 337,67. Harlingerode a. S. 265,23. Münsing a. d. W. 258,89. Stadtlondor 256,17. Oderberg i. B. 250.—. Lauterbach i. B. 174,73. Dehm 129,60. Bieg 111,03. Gr.-Mühlen 99,36. Bochum 96,23. Lemgo 83,09. Greifenberg i. Schl. 64,25. Münden 43,26. Wallstadt 33,72. Meichenhall 32,21. Ebstorf 19,80. Varmen 15,50. Burgdorf 11,90. Ullm a. d. D. 2,97. Mügeln b. Dr. 11 230.—. Berlin 7353,98. Dörfelborf 2334.—. Leipzig 2000.—. Keutlingen 416,13. Kolberg 400.—. Weizen 56,24. Klauen i. B. 892,35. Gelle 800.—. Galberstadt 666,08. Welsdorf 384,14. Stade 298,84. Treptow 236,97. Nordhalben 179,12. Saugitz 169,48. Pittau 161,58. Meer i. Döpr. 152,35. Neustettin 143.—. Langensöls 137,55. W.-a. 115,70. Schwenningen 113,53. Nordenham 110,53. Obornit 100.—. Malchow 80,98. Ramin 50,30. Münsing i. d. W. 45,97. Lauban 42,77. Schneidemühl 41,81. Schöngau 11,08. W. 1.—. Bernburg 1495,16. Gildesheim 887,17. Varmen 228,94. Westphalen 94,10. Gransee 365,15. Muskau 303,99. Wismar 249,44. Uelsen 200,25. Raumburg a. d. S. 137,85. Jossen 91,05. Detmold 56,32. Neustadt (O. Schl.) 16,36. Schiebelitz 12,40. Lüneburg 2168,67. Darmstadt 1042,73. Radeberg 903,16. Frankenthal 127,46. Herzfelde 145,22. W. a. Fehm. 114,01. Grünberg i. Schl. 50.—. Neustadt i. S. 13,86. Neufahrn 10,96. Offenbach — 50. Lübeck 2304,51. Wolfenbüttel 822,35. Reifling 470,02. Striegau 55.—. Herzberg a. S. 536,31. Lübben 272,23. Schwann 255,43. Lübenfeld 94,80. GutsMuth 71,13. Radeburg 43,90. G. 16.—. Offenbach a. W. 2423,74. Neustadt 1142,98. Neuthen (O.-Schl.) 436,49. Wunsfeld 1451,77. Döbeln 402,15. Schwarz 396,85. Gmund 327,18. Fürstberg i. W. 289.—. Sommerfeld (N.-L.) 185,32. Rejn a. d. S. 156,89. Kronach 83,79. Bielefeld 77,25. Stadtlingsfeld 53,76. Waldsassen 34,41. Oberjül 9,12. Lübeck 4,50. Ullm a. d. D. — 10. Lage 5.—.
Schluß: Montag, den 22. Juli, mittags 12 Uhr.
F. Brunz, Kassierer.

Die Abrechnung für das 2. Quartal 1912 haben eingeleitet:
Celle, Bitten, Köln, Bielefeld, Lage, i. L., Kothenburg v. d. L., Walsrode, Bremerhaven, Osterholz-Scharmbeck, Lausitz, Langensöls, Ramin, Stuttgart, Schiebelitz, Reichenthal, Niederjochswersien, Schneidemühl, Malchow, Dehne, Harlingerode, Radeberg, Oderberg i. W., Nordenham, Bieg, Weimar, Langelsheim, Bochum, Burgdorf, Hannob.-München, Ebstorf, Stadtlondor, Wilsdorf, Wallstadt, Cutin, Schwann, Gildesheim, Jittau, Algen, Lauterbach, Boizenburg, Lauban, Neustettin, Münsing a. d. W., Gr.-Mühlen, Münsing i. B., Gerzberg, Neustadt (O.-Schl.), Schöngau, Liegnitz, Nordhalben, Storfow, Treptow a. W., Friedrichsdorf, Uelsen, Darmstadt, Melbort, Neustadt a. d. S., Klauen, Uue i. Erggeb., Lübeck, Detmold, Burg auf Fehm., Nordhausen, Westphalen, Gransee, Brunsbüttel, Jossen, Schwenningen, Muskau, Nordorf, Demgo, Neufahrn, Jwidau, Wolfenbüttel, Raumburg a. d. S., Stade, Halberstadt, Offenbach, Herzfelde, Meer, Mügeln b. D., Wismar, Lüneburg, Meichen, Neuthen, Geithain, Lübben, Frankenthal, Schmiedeburg b. S., Schiebelitz, Wiesenfeld, Neumarkt (O.-Pf.), Vergeborf, Lübenfeld, Finneberg, Behndorf, Oberjül, Stadtlingsfeld, Groß-Westen, Radeburg, Altwasser, Obornit, Frankfurt a. W., Berlin, Kronach, Ullm a. d. D., Rejn a. d. S., Havel, Neustadt i. Schl., Bernburg, Wüststadt, Belken i. W., Schwarz, Gmund a. L., Münsing, Fürstberg, Müllheim, Themar, Döbeln, GutsMuth.

Berichtigung.
In Nr. 29 muß es heißen:
Bielefeld 551,12 nicht 556,12.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliebes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetreten in
409 155	Adam Wiederpaß	20. 8. 68	22. 2. 02	Dietesheim
368 960	Amanda Kremer	12. 5. 73	5. 2. 10	Hamburg
356 959	J. Steinmann	8. 8. 67	14. 3. 06	Lägerdorf
427 983	Frida v. Haffel	19. 1. 73	18. 5. 10	Hamburg
154 306	Hermann Beck	4. 12. 89	1. 4. 06	Lübeck
413 554	Anton Lubitz	17. 1. 70	1. 7. 04	Berlin
413 790	Albin Kuhfuß	10. 12. 69	19. 2. 10	Zeitz
419 013	Herm. Godeschwager	31. 1. 81	28. 12. 05	Gülfrow
369 863	Gregor Alder	23. 11. 82	24. 10. 09	Altwasser
180 635	Wilhelm Rehrhorn		11. 3. 06	Bernigerode
179 101	Heinrich Schmidt	28. 6. 82	2. 9. 11	Grabow
179 105	Erwin Gising	22. 9. 91	21. 2. 12	Grabow
201 008	Johann Rohner	13. 7. 78	24. 7. 11	Bremen
200 685	Walter Belle	3. 10. 93	13. 8. 11	Trebitz
79 410	Marie Leichter	15. 3. 76	3. 12. 11	Berlin

Eingegangen
und die Zahlstellen: GutsMuth, Lage, Storfow.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.
Corbach. August Schäfer, Talobspfad. Fritz Baden-hauer.
Dommitzsch. E. Neustadt, Querstr. 9.
Gülfrow. Herm. Kraatz, Plauer Str. 42. Herm. Godeschwager, Rostocker Str. 46, I.
Jahnitz. Karl Ehrenberg, Ernst Samuel.
Lüneburg. R. Findorf, Wilschbrucher Weg 46.
Radeburg. W. Döhmer, Töpferstr. 52.

Durch den Vorstand können bezogen werden zu bedeutend ermäßigten Preisen:
Dr. Erdmann, Die christlichen Gewerkschaften.
Dr. Kulemann, Die Berufsvereine. 3 Bände.
„Korrespondenzblatt.“ 9 Jahrgänge (1891—99).
„Proletarier.“ 3 Jahrgänge (1909—11).
Protokoll vom 7. Gewerkschaftstages in Berlin.
Protokoll vom 9. und 10. Verbandstage.
Protokoll vom 1. bis 4. Verbandstage. Gebunden.
H. Schneider, Gefahren der chemischen Industrie.
Statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen.
Die Zustände im deutschen Fabrikwohnungsweesen.
Unfallversicherungsvorschriften für die chemische Industrie.
Der gelbe Sumpf.
Statistische Schatzkammern im Dienste des chemischen Kapitals.

Chemische Industrie

Eine glänzende Anerkennung für unsere Arbeit.

Wir kamen in den Besitz der nachstehend abgedruckten Dokumente, die einen interessanten Blick hinter die Kulissen der Scharfmacherwelt gestatten. Da ist zunächst ein Rundschreiben, das den Werken der chemischen Industrie zugeht:

Streng vertraulich!

Der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, Berlin, bezw. sein sozialpolitisches Komitee verfolgt mit besonderer Aufmerksamkeit die Entwicklung des Fabrikarbeiterverbandes, in dessen Zunahme und Machtzuwachs er eventuell eine ernste Gefahr für die Prosperität der chemischen Industrie Deutschlands in der Zukunft erblickt. Zur Beurteilung der Frage, ob und inwieweit der Fabrikarbeiterverband auch in unserer speziellen Industrie vertreten ist, bitte ich Sie ergebenst, beifolgenden Fragebogen an Ihre Fabriken zu richten und mir die Antwort bald gefl. zuzusenden zu wollen.

Hochachtungsvoll

Der Vorsitzende der Vertreter.
gez.: Auffschlager.

Hier haben wir das Eingeständnis: der Machtzuwachs des Fabrikarbeiterverbandes bedeutet eine Gefahr für die „Prosperität“ der Werke, auf deutsch: für die Höhe des Unternehmergewinns. Deshalb muß er bekämpft werden, nicht etwa, wie man der Öffentlichkeit vorzutäuschen beliebt, aus „patriotischen“ Beweggründen, um die Arbeiter vor „Verheerungen“ zu bewahren und wie die Ausflüchte alle heißen.

Nicht minder bezeichnend als das Rundschreiben ist der Fragebogen und dessen Beantwortung durch ein großes Kölner Werk:

Fragebogen.

- Haben Sie Erfahrungen mit dem Fabrikarbeiterverband gemacht?
 - Wie stark ist schätzungsweise der Fabrikarbeiter-Verband in Ihrem Betriebe vertreten?
 - Welchen Prozentsatz der Arbeiter nehmen dessen Mitglieder ein?
 - Sind auch andere Organisationen vertreten?
 - Haben Vertreter des Fabrikarbeiter-Verbandes mit Ihnen zu verhandeln gesucht?
 - Welche Erfahrungen haben Sie dabei gemacht?
- Sehen Sie die Verhandlungen grundsätzlich ab, da Sie nur mit Ihren Arbeitern verhandeln wollen?
- Haben Sie einen Tarifvertrag mit dem Fabrikarbeiter-Verband abgeschlossen? (Bitte um Einbindung einer Abschrift.)
- Hat der Fabrikarbeiter-Verband verlangt, daß nur ihm angehörige Arbeiter bei Ihnen eingestellt werden dürfen, oder haben seine Mitglieder gegen nicht- oder andersorganisierte Terroristen ausgeübt?
- Haben Streiks bei Ihnen stattgefunden? - Mit welchem Erfolge?
- Ist Ihrem Betriebe Sperre oder Boykott angedroht oder über ihn verhängt worden? Mit welchem Erfolge? Sind besonders die Liefer von sozialdemokratischen Zeitungen oder Konsumvereinen, soweit sie Bedarf für Ihre Artikel hatten, gegen Sie aufgehebt worden?
- Sind an Ihrem Orte technische Betriebe, besonders kleinere, die nicht dem Verein zur Wahrung usw. angehören, dem Fabrikarbeiter-Verband unterlegen?
- Sehen Sie eine Gefahr von Seiten des Fabrikarbeiter-Verbandes für die chemische Industrie als bestehend oder zukünftig an?
- Halten Sie einen Zusammenschluß der Angegriffenen zur Abwehr für notwendig?
- Besteht bei Ihnen ein Werkverein? Welche Erfahrungen haben Sie damit gemacht?

Antworten.

- Nein.
- Nein.
- Metallarbeiterverband, Hirsch-Düncker.
- Nein, nur Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes.
- Die Verhandlungen wurden unsererseits abgelehnt, weil wir nur mit unsern Arbeitern verhandeln wollen.
- Ja.
-
-
- Vor einigen Jahren drohte hier ein Streik auszubringen, weil unsererseits dem Metallarbeiterverband angehörige Arbeiter gekündigt war. Infolgedessen beabsichtigten auch die übrigen Arbeiter, dem Verbands beizutreten, um die Firma zur Rücknahme der Kündigung zu zwingen. Sie haben in dessen bedingungslos nachgegeben; es kam daher nicht zum Streik.
-
-
- Ja, wenn die Gefahr noch nicht besteht, so ist sie für die Zukunft unausbleiblich.
- Unbedingt.
- Seit dem unter 9 angeführten Vorkommnisse gehört keiner unserer Arbeiter mehr dem Gewerkschaftsverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter an. In der hiesigen Gegend ist seit der Zeit das Ansehen des Verbandes gesunken; er ist mehr zurückgegangen als wohl angenommen werden darf, weil die

Wir können es auf sich berufen lassen, ob es den armen Hirschen so schlecht ergangen ist, wie das Kölner Werk behauptet. Wichtig ist aber, daß dasselbe Werk, das einen Zusammenschluß der chemischen Unternehmer für „unbedingt“ notwendig hält, die Arbeiter mit der Hungerpeitsche von jeder gewerkschaftlichen Organisation fernhalten will. Und in einem Fragebogen an solch brutale Terroristen wagt man sich nach dem Terrorismus der — Arbeiter zu erkundigen. Es ist köstlich, daß dieselbe Firma, die sich ihrer Zwangsherrschaft über „ihre“ Arbeiter rühmt, auch nicht den kleinsten Fall einer terroristischen Ausschreitung der Arbeiter melden kann.

Während übrigens die Firma mit der chemischen Scharfmacherzentrale hinter dem Rücken der Arbeiter gegen diese sich verschworen, veröffentlichte sie einen heuchlerischen Aufruf an ihre Wertangehörigen und versicherte diese wer weiß welchen Wohlwollens, wenn sie nur schön artig sein und sich keiner Organisation anschließen wollten. So werden die Arbeiter gekauft, und wie viele fallen leider gerade in der chemischen Industrie noch darauf herein.

Für unsern Verband bleibt das wichtigste und trotz der ganzen Abfälligkeit dieser Scharfmacherei erfreuliche, daß er übereinstimmend als eine große „Gefahr“ bezeichnet wird, als eine Gefahr für das rücksichtslose Ausbeutungssystem der Unternehmer. Das bedeutet zugleich aus dem Munde von Scharfmachern die Anerkennung, daß wir die erfolgreiche Vertretung der Arbeiter sind, für die — nach der ganz richtigen Ansicht des Kölner Werks — glänzende Erfolge „für die Zukunft unausbleiblich“ sind, wenn sie sich organisieren. So kann denn diese Enthüllung auf alle Kollegen mit noch einem Fünkchen Denkkraft nicht anders wirken als ein Aufruf zum Zusammenschluß im Fabrikarbeiterverband.

Notizen vom Wirtschaftsmarkt.

Die Produktion künstlicher organischer Farbstoffe hat auch im Jahre 1911 eine erhebliche Steigerung erfahren. Der Export von Anilin-, Nigarsin- und Indigoanilinfarbstoffen betrug 1911 840 029 Doppelzentner im Werte von 179 938 000 Mk., gegenüber 1910 770 500 Doppelzentner im Werte von 187 219 000 Mk. Wenn man die Preise einzelner Farbstoffe in Betracht zieht, so war die Preisentwicklung doch wieder in der Lage, gesteigerte Reingewinne zu erzielen zu können. — Das Kalijndit hat in den ersten fünf Monaten im Jahre 1912 einen Mehrabsatz von 17 Millionen Mark gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Aussichten für das Herbstgeschäft sind als günstig zu bezeichnen. — Charlottenburg. Die Vereinigten Chemischen Werke haben in dem am 30. Juni abgelaufenen Geschäftsjahre „ganz ausgezeichnet“ gearbeitet. Die Dividende lautet mindestens in der vorjährigen Höhe (20 Prozent) in Aussicht genommen werden. — Hannover. Die Salzgewerkschaft Hansa-Silberberg in Empelde erzielte einen Gesamtgewinn von 1 321 369 (917 984) Mark. — Aassel. Die Vereinigten Farbwerte Wilhelm Urban erzielte 60 445 (55 368) Mark Reingewinn und verteilte 7 (6 1/2) Prozent Dividende. — München. Der geringe Jahresgewinn der Bayerischen A.-G. für chemische und landwirtschaftlich-chemische Fabrikate in Höhe von 2259 Mark gegen 30 339 Mark erklärt sich aus dem mangelhaften Schwefelsäuresystem der Fabrik, das modernisiert werden muß. Dazu kamen beträchtliche Aufwendungen für Versuche und Patentgebühren und in der Kunstfaserfabrik der Notstandsstar für Düngemittel, der einen Verlust von 15 000 Mark erbrachte. Die Düngemittel- und Abfahrmittelwerke. Günstiges verspricht sich die Verwaltung von der Fabrikation der Zementglasklumpen. Die Farbenversuche sind immer noch nicht abgeschlossen. Der Hauptteil des Unternehmens wird nach Heinfeld verlegt. — Staffort. Die Gewerkschaft Salzbewerker Neu-Staffort erzielte aus dem Geschäftsjahre 922 300 (664 175) Mark Gewinn. Inklusiv Gewinnvortrag erhöhte sich das Ergebnis des Bergwerks- und Fabrikbetriebs von 2 959 996 auf 3 159 817 Mark. — Weiskholz. Die Chemischen Werke Weiskholz schließen mit einem Verlust von 645 000 Mark ab, der aus Reserve gedeckt wird. — Sprengstoff-Fabriken. Die Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-A.-G. erhöht ihr Kapital von 1 auf 4 Millionen Mark. Die Dividende wurde auf 25 Prozent festgesetzt. — Der Reingewinn der Vereinigten Köln-Raitweiler Pulverfabriken stieg von 3 368 484 auf 3 537 188 Mark. Zur Verteilung gelangen wieder 18 Prozent Dividende. — Bei den Sprengstoffwerken Dr. Mahsen in Böhmiß, die mit der Nobel-Dynamit-Traut-Co. einen Interessengemeinschaftsvertrag geschlossen haben, ging trotz reduzierter Abschreibungen der Reingewinn von 198 286 Mark auf 131 937 Mark zurück. Verteilt werden auf 2,3 Millionen Mark Stammaktien 2 (4) Prozent und auf 1,168 Millionen Mark Vorzugsaktien wieder 6 Prozent Dividende. — Die Sprengstoff-Aktiengesellschaft in Gamburg erzielte einen Reingewinn von 299 169 (157 396) Mark, aus dem 8 1/2 (7 1/2) Prozent Dividende auf das 3 Millionen Mark betragende Aktienkapital verteilt werden sollen.

Nichtbeachtung des gesetzlichen Bleiweißarbeitergesetzes.

Die Firma Lindgens u. Söhne in Köln-Mülheim wendet in ihrer Bleiweißabteilung nicht jene Sorgfalt an, die das Gesetz den gewerblichen Betrieben, die mit Bleiweiß arbeiten, zur Pflicht macht. Es finden sich Bestimmungen in der Gewerbeordnung, die Leben und Gesundheit der Bleiweißarbeiter schützen sollen, und vom 26. Mai 1903 datiert eine eigne Bundesratsverordnung, die den gleichen Zweck hat. Die Bekanntmachung des Reichsstatlers besagt, daß nach der Beendigung des Dryingprozesses die Kammer ausreichend zu durchlüften und durch Einleiten von Wasserdampf zu durchfeuchten ist. Das Bleiweiß soll mit einem kräftigen Wasserstrahl von den Latzen und Rundhölzern gespült werden. Ferner soll die Arbeitszeit der in den Dryingkammern beschäftigten Arbeiter nicht länger als 8 Stunden täglich betragen; bei einer Dauer von mehr als 6 Stunden täglich soll sie durch mindestens drei einständige Pausen unterbrochen werden. Diese Bestimmungen werden von der Firma Lindgens nicht eingehalten. Das Durchlüften und Durchfeuchten des Dryingraumes wird nicht mit der Gründlichkeit durchgeführt, wie sie der Gesetzgeber gewollt hat. Außerdem beträgt die Arbeitszeit nicht 8, sondern 9 Stunden täglich (von morgens 7 Uhr bis abends 6 Uhr mit einer Unterbrechung von 2 Stunden täglich), wie es in allen Fabriken üblich ist. Hierzu kommt noch, daß die Arbeiter im Alford beschäftigt sind und deshalb sehr intensiv arbeiten.

Auch in den Bleiweißschlemmen werden die gesetzlichen Bestimmungen nicht so respektiert, wie es verlangt werden muß. Die Vorschriften besagen, daß die Räume sauber gehalten werden sollen, daß der Fußboden naß abgekehrt werden soll, daß das Besprühen der Hände und Kleider auf das Mindestmaß beschränkt werden soll. Wie sehen die Dinge bei der Firma Lindgens? Nichts von alledem! Wenn der Fußboden gekehrt wird, so fällt von oben der Staub herab und macht die ganze Arbeit unwirksam. Besonders sei hier der Schlemmen 2 und 4 gedacht.

Die Schöpfkolonne muß sich immer erst eine Weile hauen, bevor sie arbeiten kann. Alles schwimmt in Bleiweiß, und die Arbeiter sind trotz ihrer Brille bis an die Knöchel mit Bleiweiß beschmutzt. Wünschenswert wäre es, daß der zusammengelehrt Abfall an einen bestimmten Ort läme. In dem Krankheitsbericht, den Herr Lindgens vor kurzem seinen Arbeitern in der Kaffeepause abstellte, führte er bitter Klage darüber, daß die Krankenziffer so hoch ist und die Krankentafel schwer belastet werde. Das glauben wir gerne, aber kann das unter den obwaltenden Verhältnissen anders sein? Wenn mit der Gesundheit der Arbeiter so umgegangen wird, wie es hier der Fall ist, muß die Krankenziffer ungewöhnlich hoch sein. Noch höher würde die Krankenziffer sein, wenn nicht der Arbeiterwechsel so häufig wäre. Viele Arbeiter werden erst krank, um sie den Betrieb bereits verlassen haben. Herr Lindgens scheute sich nicht, die Meinung zu äußern, daß die Arbeiter — faulsten! Angehörigen dieser ungewöhnlichen Behauptung erlauben wir uns doch eine Frage: Wo bleibt die ärztliche Untersuchung sämtlicher im Betriebe beschäftigter Arbeiter, die laut Bekanntmachung des Reichsstatlers vom 26. Mai 1903 monatlich zweimal vorgenommen werden soll? Wir geben der Firma Lindgens u. Söhne den Rat, die bestehenden Mängel zu beseitigen; dann wird die Krankenziffer ganz bestimmt vermindert werden.

× **Verluste.** Aus der neuerichteten Färberei der Farbwerke gehen uns schwere Klagen zu. Unlängst suchten die Farbwerke in hiesigen und auswärtigen Blättern junge Leute für die neuerrichtete Färbereiabteilung. Die Meldungen mußten aber ganz spärlich eingelaufen sein, weshalb man dazu überging, die nötigen Kräfte aus anderen Abteilungen zu beschaffen. So wurde eine ganze Anzahl Mädchen aus dem Medizinallager geholt und in die Färberei geführt. Das wäre an sich für sich nicht schlimm. Schlimm ist es aber für die Mädchen, daß sie den im Medizinallager verdienten Lohn nicht bekommen. Mädchen, die vordem 10—12 Mark pro Woche Lohn hatten, bekommen in der neuen Färberei nur 7—8 Mark pro Woche. So behandelt eine Firma, die 14 Millionen Ueberschuß hatte, „ihre“ Arbeiter. Das ist die Kehrseite der Wohlfahrt — woben nach außen hin so viel Aufhebens gemacht wird!

Noch etwas sei hier erwähnt. Wenn hoher Besuch in Sicht ist, wird in den Maschinenabteilungen ein Klugegeheim gegeben, wonach die Arbeiterinnen gemeinsam Nieder singen müssen, um so den Besuch zu ermeden, als ginge es ihnen über alle Maßen gut. Auch wird in den Kaffeeküchen, wenn Besuch kommt, alles in die Höhe geholt, und sofort mit dem Verschwinden der Besucher verschwinden auch die weißen Tischdecken.

Unsre Kritik über die Badeeinrichtung im Salzbau hat gereizt; die Reparaturen sind im Gange. Zu unser Kritik im Salzbau sei noch hinzugefügt, daß die Leute etwas besser behandelt werden könnten, teils der nachgeordneten Stellen. Wenn ein Arbeiter vom Oberarzt der Ueberweisung bekommt für einen anderen Betrieb, so geben die nachgeordneten Stellen dem nur nach Wunsch statt. Auch bekommen die Leute, wenn eine Partie nicht ganz nach Vorschrift ausgefallen, eine halbe, oft auch ganze Partie vom Lohn abgezogen, trotzdem die Partien Verwendung finden. Ein hiesiges mehr Enthaltensmittel in punkto Alkohol konnte dem Vorarbeiter B. sowie auch dem Herrn F. nicht schaden, viel leicht hätten dann die Leute eine bessere Behandlung. So wäre in vielen Betrieben noch manches zu bemängeln; aber die Leute warten mit ihren Meldungen meistens bis sie aufhören wollen oder aufgehört haben.

Zement- und Ziegel-Industrie

Die Ziegelindustrie im Jahre 1911.

Die Preisbildung und die Absatzverhältnisse der Ziegelindustrie haben bewiesen, daß der wirtschaftliche Aufschwung, der 1910 einsetzte, auch im Jahre 1911 anhält. Deswegen hat sich die Zahl der Ziegelwerke und auch die Zahl der Ziegelerbeiter wieder um ein geringes vermindert. Nach den Berichten der Ziegelerbergschaft sind von den 10 875 Ziegelwerken, die im Jahre 1910 gezählt wurden, wiederum 108 verschwunden, so daß 1911 nur noch 10 767 Ziegelwerke vorhanden waren. Diese Ercheinung beruht auf der ständig fortschreitenden Entwicklung der Ziegelerzeugung. Wo der Handtrieb nicht durch die Eigenschaften des Rohmaterials bedingt ist, wird er durch die Maschinenarbeit mehr und mehr verdrängt, und selbst in den Handtriebziegelwerken finden die Maschinen und maschinellen Anlagen bis zur äußersten Möglichkeit immer mehr Verwendung. Die Produktion erfährt dadurch eine ungeheure Steigerung, die infolge der zunehmenden Verwendung von Beton nicht den nötigen Absatz findet. Die sich daraus ergebende Ueberproduktion entfacht den Konkurrenzkampf, bei dem die kleineren Betriebe naturgemäß unterliegen und verschwinden müssen. Die einzelnen Sektionen ergeben folgendes Bild:

Sektion	Zahl der Ziegelwerke		+ Zunahme - Abnahme
	1910	1911	
I Ost- und Westpreußen . . .	607	606	- 1
II Posen	449	433	- 16
III Pommern	547	537	- 10
IV Brandenburg	790	778	- 12
V Schlesien	976	978	+ 2
VI Königreich Sachsen	659	659	—
VII Provinz Sachsen u. Thüringen	902	887	- 15
VIII Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Lübeck, Hamburg und Fürstentum Lüneburg	593	593	—
IX Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Lippe, Schaumburg-Lippe und Bremen	1218	1194	- 24
X Westfalen	750	736	- 14
XI Rheinprovinz und Fürstentum Birtenseld	1593	1586	- 7
XII Großh. Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck	629	624	- 5
XIII Bürttemberg, Baden, Pfalz und Elß-Lothringen	699	683	- 16
XIV Bayern ohne Pfalz	663	673	+ 10
Summa	10 875	10 767	- 108

Eine Zunahme haben also nur die Sektionen Schlesien und Bayern zu verzeichnen. Die Sektionen IV und VIII haben ihren Bestand gehalten, während die übrigen Sektionen alle an der Abnahme beteiligt sind. Bei der Zunahme in Bayern und Schlesien kann es sich nur um kleine Betriebe handeln, die in abgelegenen,

berkehrtsarmen, ländlichen Gegenden errichtet oder neu in Betrieb gesetzt wurden. Schon der Beschäftigungsgrad bestätigt dies. Ging doch die Zahl der Ziegeleiarbeiter in Bayern 1907 zurück. Sachsen konnte seinen Bestand wohl infolge des Aufschwungs der dortigen Industrie und der damit bedingten regen Bautätigkeit halten, während dies bei der Sektion VIII (Mecklenburg, Schleswig-Holstein, Lübeck, Hamburg und Fürstentum Lübeck) auf die günstigen Verkehrswege zu Wasser zurückzuführen ist, die ein ausgedehntes Absatzgebiet erschließen. Die stärkste Abnahme hat mit 24 Betrieben die Sektion IX zu verzeichnen. Der größte Teil davon dürfte auf die Provinz Hannover entfallen, in der eine Anzahl ländlicher Ziegeleien stillgelegt wurden.

Die Zahl der Ziegeleiarbeiter ging von 268 346 auf 267 999 zurück. Die Abnahme ist hier gegenüber den Betrieben nur geringfügig, sie beträgt 347 Arbeiter. Infolge der flotten Konjunktur konnte also die ausgeschaltete Arbeiterschaft der 108 eingegangenen Ziegeleien zum großen Teil von den übrigen prosperierenden Ziegeleien aufgenommen werden. Aber immerhin sind wiederum 347 Arbeiter ausgerangiert worden, die jedenfalls nicht in der Lage sind, nun von ihrem Ersparten leben zu können; denn den Ziegeleiarbeitern ist bis jetzt noch recht wenig Gelegenheit geboten, Erspartnisse machen zu können, sie sind im allgemeinen froh, wenn sie das nackte Leben zu fristen vermögen. Sie müssen also weiter arbeiten, wenn sie weiterleben wollen und sind daher gezwungen, in andern Industriezweigen Unterzucht zu suchen, sich dort für ein Butterbrot anzubieten, dort den Willigen und Willigen zu spielen. Wollen sie auf diese Weise nicht zu Lohnbrüdern werden, so winkt ihnen nur die Straße, das Heer der Arbeitslosen. Dem kann aber vorgebeugt werden durch eine Verkürzung der Arbeitszeit, die mit der technischen Entwicklung gleichen Schritt hält.

Die in der Ziegeleiindustrie beschäftigten 267 999 Personen verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Sektionen:

Sektion	Beschäftigte Personen		+ Zunahme - Abnahme
	1910	1911	
I	15 566	12 770	- 2786
II	10 362	9 864	- 498
III	7 888	8 225	+ 327
IV	37 283	32 359	- 4924
V	27 386	26 316	- 1070
VI	18 001	17 854	- 147
VII	18 355	19 103	+ 748
VIII	11 463	11 925	+ 462
IX	22 993	22 422	- 571
X	13 145	16 395	+ 3250
XI	30 237	34 180	+ 3943
XII	10 785	11 500	+ 715
XIII	21 076	22 163	+ 1087
XIV	23 821	22 980	- 841
Summa	268 346	267 999	- 347

Außerordentlich groß ist der Rückgang in Ost- und Westpreußen und in Brandenburg. In Ost- und Westpreußen ist dies in wesentlichen auf die Einführung der Maschinen zurückzuführen, in Brandenburg dagegen auf die Einschränkung der Betriebe. In Westfalen und in der Rheinprovinz hingegen ist trotz der Verminderung der Betriebe ein bedeutender Zuwachs an Arbeitskräften erfolgt. Es läßt dies auf eine Vergrößerung oder stärkere Ausnutzung der Betriebe schließen, was wiederum eine vorzügliche Konjunktur nachweist. Es hat mithin eine Verschiebung der Arbeitskräfte von Osten nach Westen stattgefunden, Tausende von Arbeitern mußten Heimat und Familie verlassen, um in der Fremde ihr Brot zu suchen, das ihnen die Heimat nicht mehr zu bieten vermochte.

Die allgemein günstige Geschäftslage ist natürlich auch auf die Lohnverhältnisse nicht ohne Einfluß geblieben. Der durchschnittliche Gesamtverdienst der Ziegeleiarbeiter erfuhr eine Steigerung von 51,20 Mk. er lag von 720,20 Mk. auf 772,10 Mk. Diese Lohnsteigerung hat ihre Ursache teilweise in der Verlängerung der Kampagne, teilweise aber auch in den Erfolgen der Lohnbewegungen, die mit geringen Ausnahmen nur durch unsere Druckmaschinen gehindert wurden. In den einzelnen Sektionen ist der Durchschnittslohn und auch die Lohnsteigerung natürlich verschieden und gestaltet sich folgendermaßen:

Sektion	Jahres-Durchschnittsverdienst		+ Zunahme - Abnahme
	1910	1911	
I	532,69	698,66	+ 165,97
II	507,63	569,56	+ 61,93
III	671,26	676,66	+ 5,42
IV	648,89	708,59	+ 59,70
V	637,43	765,27	+ 127,84
VI	760,80	806,25	+ 45,45
VII	843,53	884,10	+ 40,57
VIII	720,99	727,03	+ 6,04
IX	823,19	873,29	+ 50,10
X	895,80	792,54	- 103,26
XI	911,-	918,31	+ 7,31
XII	732,87	741,71	+ 8,84
XIII	712,17	760,87	+ 48,70
XIV	554,61	631,52	+ 76,91

In den Sektionen I, II, IV, V, VI und XIV ist die Lohnsteigerung an dem letzten Tempo gemessen, eine bedeutende zu nennen. Es ist wohl keine Ursache vorhanden, wenn wir diesen Fortschritt im wesentlichen auf das Konto unserer Organisation setzen. Der Aufschwung unserer Organisation in diesen Bezirken, so vor allem in Ost- und Westpreußen, in Sachsen und Bayern, hat nicht nur eine beträchtliche Anzahl von erfolgreichen Lohnbewegungen ermöglicht, sondern auch zahlreiche Ziegeleiarbeiter veranlaßt, die Löhne anzufordern, um der Unzufriedenheit der Arbeiter und damit der Schwächung des Betriebes vorzubeugen. In den einzelnen Steigerungsbezirken spiegelt sich deutlich die Stärke und Tätigkeit der Organisation. So ist in Westfalen, wo wir auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch das geringe Organisationsverhältnis auch sehr wenig Einfluß haben, ein Rückgang des Durchschnittslohnes um 103,26 Mk. zu verzeichnen, und in der Rheinprovinz, wo die Verhältnisse ebenfalls liegen, beträgt die Steigerung nur 7,31 Mk., die zweifellos nur durch die Kampagnenverlängerung erfolgte. Diese beiden Bezirke werden von den „Christen“ als ihre Domänen betrachtet und das erklärt zu manchem. Wenn diese Bezirke mit ihren Durchschnittslohnen immer noch in der ersten Reihe stehen, so ist dies nur durch die lange Arbeitszeit möglich, die noch 12 und mehr Stunden täglich beträgt.

Ungeachtet der teilweise bedeutenden Lohnsteigerung stehen die Löhne von neun Sektionen noch immer unter dem Gesamtdurchschnitt. Hier wird es noch einer gewaltigen Organisationsarbeit bedürfen, um einen notwendigen Ausgleich zu schaffen. Denn der Ziegeleiarbeiter in Posen hat das gleiche Recht und Bedürfnis, zu leben, wie der Ziegeleiarbeiter in der Rheinprovinz. Dieser Ausgleich darf aber nicht durch vermehrte Arbeit geschehen, sondern durch ein stetes Vorwärtstreiben der Löhne, und dazu brauchen wir eine starke, einheitliche Organisation.

Ein Ziegelei-Jubiläum.

Die Ziegeleiwerte „Alliengemeinschaft Sturm“ in Freivaldau feierten kürzlich das Jubiläum ihres 75jährigen Bestehens. Die Werte beschäftigen gegenwärtig ungefähr 700 Arbeiter. Dieser menschlichen Arbeitskraft sind zur Bewältigung der Produktion 17 Schmelzpressen, 9 Zementpressen, eine Revolverpresse, 31 Walzwerke, 4 Kollergänge, 4 Beschicker, 2 Konzeider, 1 Tonreinger sowie eine größere Anzahl anderer Maschinen tätig. Die erforderliche Dampfkraft wird durch 8 Dampfessel und 7 Dampfmaschinen erzeugt. Außerdem wird auch noch elektrische Kraft von einer Ueberlandzentrale verwandt. Zum Breimen der Ziegelwaren finden 4 Ringöfen und 23 periodische Ofen Verwendung. Insgesamt zählt das Werk 6 Betriebe, die sich auf die Orte Freivaldau, Steinbüchel, Tschirne und Thiemendorf verteilen. Der Grundbesitz umfaßt allein in Freivaldau 68 Hektar. Aus den kleinsten Anfängen hat sich das Werk zu solcher Ausdehnung entwickelt. Mit 50 erpärten Talern übernahm im Jahre 1855 der Ziegeleimeister Gottfried Sturm die kleine Ziegelei seines Schwiegervaters. Dieses Kapital hat er sich, wie es in dem Jubiläumserbericht heißt, „bei schwerer Arbeit verdient, denn für 100 mit der Hand gefertigte Ziegel zahlte man damals nur 13 Pf. Lohn“. Nach zwei Jahren, 1857, mußten schon zwei deutsche Ofen gebaut werden, dann wurde eine Handpresse angeschafft und schon 1878 wurde die Zementfabrikation eingeführt. Dieser kurze Abschnitt zeigt, daß die Entwicklung des Betriebes mit dem Augenblick einsetzte, als fremde Arbeitskräfte herangezogen wurden. In seinem ersten Lebensabschnitt brachte es der Vater der heutigen Herren Sturm trotz der schweren Arbeit nur mühsam zu 50 Talern. Im zweiten Abschnitt, als er Ziegeleibesitzer geworden war und andere für sich arbeiten lassen konnte, ging es schon besser, es häuften sich der Gewinn und eine Vergrößerung und Verbesserung des Betriebes jagte die andre, wodurch immer wieder neue Arbeitskräfte eingekauft und vermehrter Gewinn geschaffen wurde.

So ist denn der Aufschwung des Betriebes vornehmlich dem Fleiße der Arbeiterschaft zu danken, wobei das Verdienst der Leitung durchaus nicht vergessen werden soll. Nur hat die Verwaltung, einerlei, ob Besitzer oder Direktor, ihren Verdienstanteil jährlich aus dem Betriebe herausgezogen und genossen, während die Arbeiter nur eine Wochenzahlung erhielten; der übrige Anteil verlor sich in dem gewaltigen Werke. All der Grund und Boden, Ofen, Maschinen, maschinelle Anlagen, Gebäude, Waren usw. ist nach Abzug des fremden Aktienkapitals und der genannten 50 Taler der Anteil der Arbeiter, der ihnen vorrenthalten wurde. Die Jubiläumstorte bedeutet deshalb für die Arbeiterschaft eine jahrzehntelange Anspornung von Gesundheit und Leben, eine Saat ohne Ernte, für die Firma aber ein mühsames Anhängen von Gewinnen, eine Ernte ohne Saat.

Das war denn auch für die Verwaltung Ursache genug, das Jubiläum festlich zu begehen. Im „Schützenhause“ zu Freivaldau hatten sich die Arbeiter, Angestellten und „Ehrengäste“ zahlreich eingefunden, um zunächst dem „Harmoniumspiel“ und dann der Harmonie der Direktoren Reich, Sturm zu lauschen. Die Rede des Herrn Klag in dem Appell an die Arbeiterschaft aus, in dem er auch seinem Bedauern Ausdruck gab, daß „das früher so angenehme Verhältnis“ zwischen Arbeiter und Unternehmer durch die „sozialdemokratische Vergehung“ immer mehr beeinträchtigt werde. Er erwähnte die Arbeiter, doch auch einmal anerkennen zu wollen, was heute für die Arbeiterschaft getan werde. Es würden heute in Deutschen Reich für die Arbeiter-wohlthätigkeit (Krankenkasse, Unfall- und Invaliditätsversicherung) täglich 2 Millionen Mark ausgeben. Wenn ein Unternehmen, wie die Alliengemeinschaft Sturm, im Jahre 69 000 Mk. Krankentagen, 98 000 Mk. Invalidität und 78 000 Mk. Unfallversicherungsbeiträge, zusammen jährlich um 245 000 Mk. zu zahlen habe, so könne wohl auch die Arbeiterschaft diese Summen nicht mehr als Beihilfen bezeichnen. Sogar können die sonst noch von der Firma geschaffenen Wohlthätigkeitsanstalten, deren Erweiterung auch jetzt wieder in Aussicht genommen sei. Die Arbeiterschaft möge zur Zufriedenheit zurückkehren, um so freudiger würden sich dann auch die Regierung, die Fachverbände, die Arbeitgeber dem fortgeschritten Ausbau der Arbeiterfürsorge widmen.

Es ist dies der alte Refrain, mit dem die Unternehmer ihren Gang zu beenden pflegen. Herr Sturm wies auf die 2 Millionen Mark, die durch die Sozialversicherung den Arbeitern täglich zugeführt werden. Er hat aber anzufügen vergessen, daß ein großer Teil davon durch die Beiträge von den Arbeitern selbst aufgebracht wird, daß ferner der Teil, den die Unternehmer zahlen, ebenfalls vorher von den Arbeitern erarbeitet werden muß, daß auch der geringfügige Zuschuß des Reiches nur aus den Steuern der Arbeiter besteht und daß zu guter Letzt es doch auch nur die Arbeiter sind, die die ganze kapitalistische Gesellschaft zu ernähren haben. Die Arbeiter haben also gar keine Ursache, die Sozialversicherung als ein gnädiges Geschenk zu betrachten, denn es ist nur ein lumpiger Bruchteil von dem, was sie erarbeitet haben.

Mit den angeführten Summen, die die Firma alljährlich für Arbeiterversicherung leistet, scheint sich Herr Sturm arg verhalten zu haben. Denn es ist vollständig ausgeschlossen, daß bei 750 Arbeitern jährlich 69 000 Mk. an Krankentagenbeiträgen zu leisten sind. Es wäre das für jeden einzelnen Arbeiter pro Woche ein Beitrag von 1,77 Mk. Da der Unternehmer nur ein Drittel der Krankentagenbeiträge zahlt, so müßte der wöchentliche Gesamtbeitrag je 5,31 Mk. betragen. Das wäre denn doch etwas zu viel. Sehr hoch sind nach den Angaben Sturms auch die Beiträge für die Unfallversicherung. Bei 78 000 Mk. pro Jahr betragen diese pro Arbeiter 104 Mk. Nach dem Bericht der Unfallversicherungsgesellschaft vom Jahre 1910 erreichten sie aber nur eine Höhe von 10,86 Mk., also fast nur den zehnten Teil. Ganz so verhält es sich mit den 98 000 Mk. für die Invaliditätsversicherung. Es wären das pro Arbeiter und Woche 2,51 Mk. Es ist dies aber nur die Hälfte des Beitrags. Da auch der Arbeiter eine Hälfte zu zahlen hat, so wäre der wöchentliche Gesamtbeitrag hier 5,02 Mk. pro Arbeiter. Von einer solchen hohen Beitragslaste bei der Invaliditätsversicherung ist uns aber nichts bekannt. Das Ganze ist mit hin eine ziemlich dicke Aufschneiderei; es hieß von Herrn Sturm und von dem Berichterstatter (wir entnehmen diese Ziffern dem „Warenmaterialien-Markt“) verübt wurde, soll dahingestellt bleiben. Die Arbeiter werden sich nicht wenig gewundert haben über die gewaltigen Summen, die ihnen alljährlich zuteil werden, ohne daß sie davon etwas merken, und dürfte die von Herrn Sturm gewünschte Zufriedenheit nun auch bei ihnen eingeleitet sein. Uebrigens scheint Herr Sturm von der Zufriedenheit auch noch nicht besonders ergriffen zu sein, denn wozu hätte er sich sonst dem Verband der Zementfabrikanten und dem Verband für Zement- und Kalkzementindustrie angeschlossen, also doppelt organisiert?

Nachdem sich das Stillschließen der Herren gelegt hatte, wurden vier Arbeiter, die über 25 Jahre in Betriebe beschäftigt waren, mit einer Denkmünze belohnt. Außerdem erhielten sie den bekannten farbigen Füllbogen und ein Sparbüchlein. Dieses auf das Sparbüchlein eingeschrieben war, wird nicht verraten. Dieses ist aber auch sehr möglich, daß die Arbeiter erarbeitet haben, in ihnen aber nicht gegeben. Damit schloß die offizielle Feier, die nach dem Bericht „sehr erhabend“ verlief. Die Arbeiter wurden nun bewirtet und dann wurde ihnen zum Tanz eingeladen. Die übrigen Herrschaften versammelten sich im Hotel „zur Krone“ zum Festessen. Jedenfalls geschah dies, um die Zufriedenheit der Arbeiter nicht zu hören. Unvergessen mag nun einmal sein, bei der Arbeit, bei der Beschäftigung und auch beim Essen. Die Arbeiter dürfen „Speisestück“ und ihre Herren „Speisestück“. Der Rest des Festes wurde dann gemeinschaftlich verzehrt und vertilgt.

Die ganze Jubiläumstorte war allem Anschein nach darauf angelegt, die Arbeiter zu überreden und das Gefühl der Zusammengehörigkeit von Arbeiter und Unternehmer in ihnen zu wecken. Bei denen Elementen, die bekanntlich nicht aus werden, mag dies auch gelungen sein. Diese werden nun aus Dankbarkeit für das schöne Essen, Trinken und Tanzen,

das ihnen trotz aller Arbeit so selten beschied ist, willig und billig weiter schenken und auf jedes Recht verzichten. Sie werden sich allezeit brüden und treten lassen in der stillen Hoffnung, daß sie ja nach 25jährigen Strapazen mit einem Silberbogen, einer Denkmünze und einem Sparbüchlein mit einigen Groschen Einlage dafür entschädigt werden. Die dankenden Arbeiter dagegen werden sich durch solchen Klumpen nicht von ihrem Wege abbringen, sich durch keine Fuchsbredeln betören lassen, sondern festhalten an der Lösung: Um Brot und Recht.

— Gewinnergebnisse im Jahre 1911.

Die Ziegeleibesitzer haben bekanntlich zur Ablehnung der Lohnforderungen der „Christen“ auch die schlechte Geschäftslage der Ziegeleiindustrie aufmarschieren lassen. Wie es nun in Wirklichkeit mit der Geschäftslage der Ziegeleiindustrie bestellt ist, ergibt nachfolgende Gegenüberstellung der Gewinne von 1909 und 1911. Es ergabte die:

Alliengemeinschaft	1909		1911	
	Mark	Proz.	Mark	Proz.
Sächsische Tonwerke in Brandis	—	—	23 581	4,7
Dampfziegelei Wacha i. Th.	—	—	5 108	5,7
A. G. für Ziegelfabrikation in Braunschweig	—	—	9 038	6,8
Marienburg Ziegelei- und Tonwarenfabrik	—	—	10 728	4,4
Dampfziegelei Sachsenhagen in Hannover	—	—	11 371	15,7
Hildesheimer Ringofen-Ziegelei	11 318	4,7	12 616	5,2
A. Ziegelei Augsburg	—	—	14 020	4,7
Münchener Zementfabrik, Kassel	—	—	15 301	0,7
Osnabrücker Ziegelei, Fellern	12 041	4,6	14 711	5,6
Kloster-Ziegelei Eisenach-Verstungen	16 158	3,5	19 452	4,3
A. Dampfziegelei Reibrod, Lagedorf	12 716	7,9	21 726	13,6
Ullersdorfer Werke, A. Ullersdorf	4 170	1,3	21 925	7,3
J. W. Eber, Ziegeleiwerte, Brühl in Baden	4 000	1,0	22 035	5,5
Düsseldorf Ton- u. Ziegeleiwerte	23 788	2,3	34 232	3,4
Merländer A. Ziegelei	29 394	7,9	36 287	9,3
Bohringer Ziegelei, Reg.	32 161	5,3	38 758	6,4
Eisenacher Ziegelei	39 133	6,7	64 632	11,1
Gaubauer Tonwerke	11 485	2,6	65 576	12,9
Reithorner A. Ziegelei in Oldenb.	27 732	9,2	69 741	23,2
Ziegeleiwerte Ludwigsburg	50 013	5,5	73 086	8,1
Schramm Zon- und Falzziegelwerk	64 968	10,8	76 476	12,7
Dampfziegelei Schanzberg, Saarbrücken	38 561	8,1	74 520	15,6
Neudener Ziegeleiwerte, Neudener bei Zeitz	45 055	9,0	79 878	15,9
Falzziegelei Wipprich	10 113	3,3	81 606	27,2
Dampfziegelei Wablingen	34 880	5,8	79 159	13,1
Schleifische Dach- und Falzziegelwerk, Freivaldau	60 902	3,8	97 134	6,0
Trotha-Sennewitzer A. Ziegelei	91 851	15,3	136 601	22,7
Tonwarenfabrik Schwandorf	106 834	6,6	202 866	12,6
Ziegeleiwerte Gebr. Wetter, Pforzheim	49 031	3,5	151 850	10,8
Tonwerk Kolbermoor, Steinbeis u. Gen.	86 737	10,8	167 012	20,8
Zeppauer Dachziegelwerke	93 006	7,2	169 433	13,2
Greypinger Werke	181 725	13,7	206 530	15,6
Dachziegelwerke Ergoldsbach	150 746	15,0	279 154	27,9
Siegersdorfer Werke	179 275	14,9	348 364	29,0

Vorstehende Tabelle ergibt eine wesentliche, teilweise sogar enorme Steigerung der Reingewinne. Selbstverständlich erstreckt sich diese Steigerung nicht nur auf die Alliengemeinschaften, sondern auch auf die Ziegeleien, die im Privatbesitz sind. Daran ist zu erkennen, daß die Ziegeleibesitzer mit Unberechenbarkeit gesegnet sind, wenn sie angesichts dieser Tatsachen von einer schlechten Geschäftslage faseln. Es sollen damit aber nur die Arbeiter getäuscht werden, damit sie auf ihren billigen Anteil an dieser Gewinnsteigerung verzichten.

— Ein empfehlenswerter Ziegeleimeister.

In der Ziegelei von Hermann Köster in Ruffhätt bei Quedlinburg (Kreis Bernburgerode) waltet ein Ziegeleimeister Fritz Winkler seines Amtes, den wir allen Ziegeleiarbeitern bestens empfehlen. Es scheint dieser Ziegeleimeister noch einer aus der „alten ehrlichen“ Kunst zu sein, was folgende Vorgänge beweisen. Am 22. April d. J. traten bei ihm zwei Arbeiter in Arbeit. Als Lohn wurden ihnen pro Woche 20 Mk. versprochen. Das Essen war echte „Zieglerkost“, es war ansehnend und im voraus für die Schweine bestimmt. Viermal Wochensuppe und dreimal Erbsensuppe mit geschmolzenem Rindertalg (Fleisch gab überhaupt nicht) als Mittagsspeise und die Woche war um. Wenn dieses „Mittagsmahl“ nicht locker genug war, der ließ es eben stehen; die Schweine lüfteten es mit gütigen Besagen. Die Arbeiter lebten dann von Brot, Butter usw. Des Sonnabends, am Schluß der ersten Woche, gestatteten sich die Arbeiter, einmal nach der Lohnzahlung zu fragen. Da kamen sie aber bei dem Meister schon an, denn da hatten sie seine empfindlichste Stelle berührt. „Ihr seid wohl verrückt“, meinte er aufdräufend, „Ihr seid kaum eine Woche da und wollt schon Geld haben, das habe ich jetzt keine Zeit“. Obwohl auch sonst mancherlei Uebelstände und Schwesternereien in diesem Betriebe herrschten, hielten die Arbeiter doch drei Wochen aus. Länger gingen aber nicht mehr. Denn um für die Schweine des Meisters zu arbeiten, dazu gehört eine besondere Lust.

In den drei Wochen hatten die Arbeiter je 56 Mk. verdient, wovon der eine 3 Mk., der andre 5 Mk. in bar erhalten hatte. Da der Meister eine geregelte Lohnzahlung verweigerte, legten sie die Arbeit nieder und verlangten Geld und Papiere. Nur fing der Meister an zu rechnen und schließlich verbandete er, daß der eine Arbeiter noch 83 Pf. und der andre sogar noch 1,96 Mk. zu bringen habe. Da sage denn noch einer, die Ziegeleimeister könnten nicht rechnen! Der noble Ziegeleimeister verlangte außerdem aber auch noch je 20 Mk. Schadenersatz wegen Nicht-einhaltung der Kündigung. Die beiden Arbeiter waren jedoch nicht in der Lage, diesem Verlangen Rechnung zu fragen, worauf der Meister die Herausgabe der Papiere verweigerte und die übrigen Arbeiter aufforderte, ihre beiden Arbeitsblätter von der Ziegelei zu treiben. Schließlich mußten die Arbeiter den Geharn in Anspruch nehmen, damit sie wenigstens ihre Papiere erhielten. Bei dieser Gelegenheit bräufete sich der Meister noch damit, daß er schon so manchen Arbeiter betrugelt habe. Im vorliegenden Falle getraute er sich aber nicht recht, da die Arbeiter zu zweien waren. So haben denn die Arbeiter drei Wochen lang geschuftet für das bißchen lumpige Futter, und es hätte nicht viel gefehlt, so hätten sie noch eine Kracht-Prügel erhalten. Und da gibt es noch Leute, die behaupten, die Ziegeleiarbeiter hätten keine Ursache zur Unzufriedenheit, diese würde nur von „Bauern“ künstlich erzeugt. Vielleicht tritt Herr Ziegeleibesitzer Schönhoff, der die Arbeitsverhältnisse der Ziegeleiarbeiter so wunderbar schön zu schildern versteht, bei dem oben genannten Meister für einige Zeit in Arbeit, läßt sich in der angeführten Weise behandeln und dann wird er vielleicht herausfinden, ob es die „unberufenen Personen“ oder die „schönen Arbeitsverhältnisse“ sind, die die Arbeiter „verhexen“.

— Töblicher Unfall.

Am 17. Juli wurde in der Ziegelei Holz in Ludwigsbagen der 38 Jahre alte verheiratete Ziegeleiarbeiter Otto Weigel aus Rheinabern von einem Güterwagen überfahren. Bei Einrängen eines Wagens lösten sich einige Wagen los und fielen auf dem etwas abhängigen Gleise hin. Die beiden Arbeiter Otto Weigel und der 22 Jahre alte ledige Gg. Pirring, die dort beschäftigt waren, wurden erfaßt. Pirring wurde einige Meter zur Seite geschleudert und erlitt nur leichte Verletzungen, während Weigel zu Boden geworfen wurde und der Wagen dem Unglücklichen über den Unterleib ging. Der Körper wurde sichtlich verformt. Der Tod trat alsbald ein.